

Glück Auf!

Zwischenbilanz aus vier Jahren REVIERWENDE

Den Strukturwandel zum Gelingen bringen



IMPRESSUM

Kontakt und V.i.S.d.P.

Stefan Körzell, Mitglied im Geschäftsführenden
DGB-Bundesvorstand
Keithstraße 1, 10787 Berlin

Frederik Moch, Projektleiter
DGB-Projekt Revierwende (GFAAJ mbH)
Keithstraße 1, 10787 Berlin

Redaktion:

Daniel Menning (Leitung)
Jana Kaminski
Inge Lippert
Frederik Moch
Peter Neßmann
Alexander Pförtner
Marco Rupprecht
Anna Schlütz
Marko Schmidt

Gestaltung:

Andreas Schulz (karadesign)

Redaktionsschluss: 30.04.2025

Fotonachweis Umschlag

Vorderseite oben (v.l.):

Tagebau der MIBRAG und die Kraftwerkstürme
der LEAG in Lippendorf (Mitteldeutsches Revier),
©Erik Krambeck | Fläche der rekultivierten
Sophienhöhe und Absetzer im Tagebau Hambach
(Rheinisches Revier), ©Hans Josef Roggendorf

Vorderseite unten (v.l.):

Neu gebautes Instandhaltungswerk der
Deutschen Bahn in Cottbus (Lausitzer Revier),
©Deutsche Bahn AG, Oliver Lang | Saarpolygon
in Ensdorf zur Erinnerung an den beendeten
Steinkohlebergbau (Saarland), ©Frank Becker/
pixabay.com

Rückseite oben (v.l.):

Geiseltalsee in Braunsbedra (Mitteldeutsches
Revier), ©Erik Krambeck | Junge Menschen bei
der 2. Zukunftsakademie 2024 in der Lausitz
(Lausitzer Revier), ©Robert Eckstein

Rückseite unten (v.l.):

Saarstahl in Völklingen (Saarland), ©Erik
Krambeck | Braunkohletagebau Garzweiler
(Rheinisches Revier), ©Erik Krambeck

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Zwischenbilanz aus vier Jahren REVIERWENDE

**Den Strukturwandel
zum Gelingen bringen**

Inhalt

Vorwort	3
Executive Summary	4
Einleitung	5
Ausgangslage und Entwicklung im Strukturwandel	6
Revierwende im Zeitraffer	9
Handlungsfelder	10
Bilanz und Handlungsempfehlungen	20
Quellenverzeichnis	29

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser,

als Mitglied der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB) war mein Credo in den Verhandlungen: Niemand darf ins Bergfreie fallen! Stattdessen braucht es ein Sicherheitsnetz für die betroffenen Beschäftigten und eine Strukturentwicklung in den Revieren, die zu neuen Perspektiven für Gute Arbeit führt. Mit diesem Anspruch haben die Gewerkschaften die Kommissionsarbeit begleitet. Nach monatelangen Verhandlungen ist gelungen, was alles andere als selbstverständlich war: Die Kommission hat zu einer gemeinsamen Empfehlung für den Ausstieg aus der Kohleverstromung gefunden, der sich nicht nur aufs Aussteigen konzentriert. Vielmehr beinhaltet der Abschlussbericht ein Gesamtkonzept, welches im Kern auf Vorschlägen für eine energie-, wirtschafts- und beschäftigungspolitische Begleitung der Transformation der Reviere basiert und diese als Voraussetzung für einen schrittweisen Ausstieg definiert hat.

Als Gewerkschaften wollten wir auch im Nachgang der Kommissionsarbeit nicht nur am Spielfeldrand stehen, sondern die Transformation aktiv mitgestalten. Die zuständigen Gewerkschaften – insbesondere die IG-BCE und ver.di – haben dies vor allem durch begleitende Tarifverträge gemacht, die die Beschäftigten in den Unternehmen des Bergbaus und der Energiewirtschaft absichern.

Neben der Mitbestimmung auf Ebene der Betriebe und Unternehmen war uns als DGB wichtig, die Stimme der Beschäftigten auch auf regionaler Ebene stark zu machen. Aus diesem Anspruch heraus riefen wir als DGB vor rund vier Jahren das Projekt REVIERWENDE ins Leben, in dem der Gedanke fortlebt, ein gemeinsames Verständnis für eine nachhaltige Zukunft der Kohleregionen zu fördern und den Strukturwandel zu gestalten.

Das Alleinstellungsmerkmal von REVIERWENDE ist ihre Verwurzelung vor Ort in den Revieren. REVIERWENDE leitet ihre Aktivitäten aus den Impulsen in den Gesprächen mit den Akteuren des Strukturwandels ab, ob Betriebsratsgremium, Unternehmen, Zivilgesellschaft oder Verwaltung. Dieser integrierende Ansatz

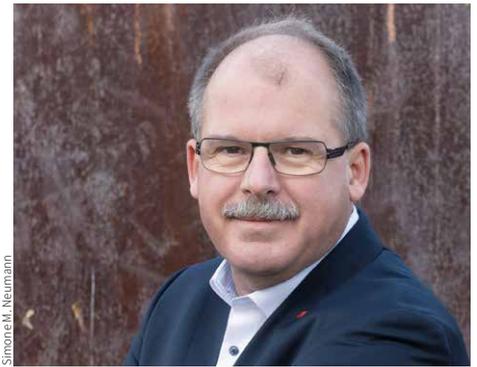
ist in einer Zeit, in der an den Grundfesten der Demokratie gerüttelt wird und die Zustimmung zu Rechtspopulist*innen steigt, unabdingbar. Neben der Einbindung und Beteiligung aller Akteure braucht es einen verlässlichen Plan. Dass die neue Bundesregierung am vereinbarten Kohleausstiegsdatum 2038 festhält, ist in diesen Zeiten multipler Krisen gut und wichtig.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist letztlich nur zu schaffen, wenn gleichzeitig die Energiewende gelingt. Das bedeutet, dass der Ausbau und die Speicherung der regenerativen Energien, der Ausbau der Netze und vor allem die Schaffung von neuen und hochwertigen Industriearbeitsplätzen schnellstmöglich vorangebracht werden muss.

Der sozial-ökologische Umbau der Kohlereviere bietet Gestaltungschancen, die es zu nutzen gilt. So wie es keine Rolle rückwärts beim notwendigen Umbau geben darf, muss gleichzeitig klar sein, dass der Umbau nur gelingen kann, wenn der Anspruch der Kommission für neue wirtschaftliche Perspektiven durch neue, tarifgebundene und mitbestimmte Arbeitsplätze Realität wird. Hier zeigt sich nach den ersten Jahren der Strukturentwicklung noch Luft nach oben. REVIERWENDE hat dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt und Debatten hierzu angestoßen.

Im August 2025 endet die erste Projektlaufzeit von REVIERWENDE. Wir wollen das zum Anlass nehmen, gemeinsam als DGB und REVIERWENDE auf die vielfältigen Aktivitäten von REVIERWENDE zurückzublicken. Die Kolleginnen und Kollegen in den sechs REVIERWENDE-Büros haben seit 2021 bis heute über 800 Veranstaltungsformate durchgeführt und damit über 36.000 Menschen in den Revieren erreicht.

Außerdem zeichnen wir die Entwicklungen der letzten vier Jahre im Strukturwandel der Kohlereviere nach, ziehen eine Bilanz und leiten daraus Handlungsempfehlungen ab, die sich an die Regionen, die Braunkohleregionen und die Bundesebene, konkret an



Simone M. Neumann

alle Verantwortlichen des Strukturwandels richten. Nehmen Sie die Zwischenbilanz als Gesprächsangebot und Anregung wahr, zur gemeinsamen Kraftanstrengung in den Revieren, den Strukturwandel zu gestalten.

Wenn Sie bereits mit den Kolleginnen und Kollegen REVIERWENDE kooperieren, dann freuen wir uns auf die weiterhin gute Zusammenarbeit. Wenn Sie zum ersten Mal von REVIERWENDE hören, kann ich Ihnen empfehlen, das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen in den Revieren zu suchen und zuzuhören. Als Seismograf nehmen sie die Stimmung in den Revieren wahr.

Den Strukturwandel gemeinsam anzupacken trotz unterschiedlicher Interessen, darin liegt die große Chance, aber auch die Herausforderung. Klar ist, der Strukturwandel kann nur im Schulterschluss gelingen.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine anregende Lektüre! Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit in den Kohleregionen, um den Strukturwandel zum Gelingen zu bringen.

Mit solidarischen Grüßen und Glückauf

Stefan Körzell,
Mitglied des Geschäftsführenden
Bundesvorstandes des DGB

Executive Summary

Gute Arbeit



Gute Arbeit fördern und im Monitoring erfassen

Ein zentrales Ziel im Strukturwandel ist und bleibt der Erhalt und die Schaffung guter, mitbestimmter und tarifgebundener Arbeitsplätze. Das Monitoring zum Strukturwandel muss gewerkschaftliche Kriterien zur Entwicklung und Qualität dieser Arbeitsplätze erfassen.



Sozialpartner in das Bund-Länder-Koordinierungsgremium einbeziehen

In Anlehnung an die einzigartige Besetzung der Kohlekommission sind im Bund-Länder-Koordinierungsgremium die Sozialpartner verbindlich zu beteiligen.



Beschäftigte frühzeitig und bedarfsorientiert qualifizieren

Aufgrund des gewachsenen Transformationsdrucks müssen Beschäftigte in den vom Kohleausstieg direkt und indirekt betroffenen Unternehmen frühzeitig und bedarfsorientiert qualifiziert werden, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Zukunftsbranchen



Regionale Strukturförderung neu ausrichten und strategisch fokussieren

Angesichts der geringen verbleibenden Mittel aus dem Investitionsgesetz Kohleregionen braucht es eine strategische Fokussierung zur Verteilung dieser Gelder auf regionale Schwerpunktprojekte.



Infrastrukturmaßnahmen beschleunigen und Ansiedlungen anreizen

Die Planung und Umsetzung der (Energie-)Infrastruktur müssen beschleunigt und Ansiedlungen durch kluges Flächenmanagement angereizt werden.



Forschung und Entwicklung an regionalen Arbeitsmarkt anbinden

Forschung und Entwicklung in den Revieren müssen an regionalen Wertschöpfungsketten anknüpfen und mit den regionalen Arbeitsmarktakteuren, insbesondere den Sozialpartnern, dafür sorgen, dass innovative und zukunftsfeste Arbeitsplätze entstehen.

Beteiligung



Gesellschaftliche Akzeptanz durch Transparenz und Beteiligung fördern

Sowohl die Hürden als auch die Erfolge des Strukturwandels müssen in den Regionen für Bürger*innen sicht- und anfassbar gemacht werden. Die Menschen vor Ort müssen für gesellschaftliche Akzeptanz und demokratische Teilhabe einbezogen werden.



Die Interessen junger Menschen als Bürger*innen und Fachkräfte ernst nehmen

Damit junge Menschen den Strukturwandel in den Revieren als Fachkräfte und Bürger*innen gestalten können, muss die Berufsausbildung innovativ, wohnortnah und zielgruppengerecht ausgerichtet sein. Zudem müssen junge Menschen in den Entscheidungsgremien mitbestimmen können.



Frauen als Gestalterinnen stärken und Geschlechtergerechtigkeit fördern

Frauen müssen sowohl als Bürgerinnen in allen Gremien paritätisch beteiligt als auch bei der Fachkräfteentwicklung stärker gefördert werden. Zudem muss Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen gestärkt werden.

Einleitung

Am 1. September 2021 ist das DGB-Projekt REVIERWENDE ins Leben gerufen worden. Vor allem die Gewerkschaften in der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (kurz: Kohlekommission) haben das Ziel ausgerufen, bei der Transformation in den Kohleregionen mitzuwirken und hochwertige Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung im gleichen Umfang zu schaffen, wie sie wegfallen. Gesamtziel des Projekts ist es, die zukunftsorientierte Transformation der Kohleregionen aktiv, regional und beteiligungsorientiert mitzugestalten. Dazu entwickelt REVIERWENDE Anregungen für Entwicklungs- und Revitalisierungsstrategien aus der Region heraus, verbunden mit einer nachhaltigen regionalen Kooperationskultur. REVIERWENDE hat in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen aus arbeits- und beschäftigungsorientierten Revierbüros aufgebaut. Sie fungieren als prozessbegleitende Koordinatoren und unterstützen die regionale Strategie- und Strukturentwicklung.

Ganz konkret nimmt REVIERWENDE Bedarfe der Beschäftigten, Betriebsrät*innen, Gewerkschafter*innen, Bürgermeister*innen, Verwaltungen und Menschen auf und schafft Angebote zur Vernetzung, Beratung und Qualifizierung. REVIERWENDE ist dabei Impulsgeberin, Lobbyistin der Region, Transparenzgeberin, Prozessbegleiterin, Kompass und Lotsin. Seit Projektstart hat REVIERWENDE umfangreiche Aktivitäten angestoßen: Revierkonferenzen, Fachveranstaltungen, Innovationswerkstätten, Prozessbegleitungen, Coachings, Reviertouren, Betriebsräte-Netzwerktreffen, Tage der offenen Tür, Seminare und andere Formate. Außerdem sind zahlreiche Medien- und Printproduktionen entstanden (Broschüren, Flyer, Filme, Podcasts, Studien, Hintergrundinformationen etc.).

Nach vierjähriger Projektarbeit ist es an der Zeit, eine Zwischenbilanz vorzunehmen, in der auf die letzten Jahre zurückgeblickt wird sowie vorausblickend Handlungsbedarfe im Strukturwandel skizziert werden. Zunächst wird die **Ausgangslage und Entwicklung im Strukturwandel** anhand von politischen und wirtschaftlichen Ereignissen in den letzten Jahren aufgezeigt, die für die Entwicklung im Strukturwandel relevant waren bzw. einen Einfluss hatten. Anschließend werden die umfangreichen Aktivitäten in den Revierbüros der letzten vier Jahren in **Revierwende im Zeitraffer** zusammengefasst dargestellt. In den Revieren ist es gelungen, mit

über 800 Veranstaltungen mehr als 36.000 Menschen zu erreichen. Um einen konkreten Einblick in die Arbeit der Revierbüros zu erhalten, werden anschließend die vielfältigen Formate beispielhaft erläutert und in fünf **Handlungsfelder** unterteilt dargestellt. Diese sind:

Fünf Handlungsfelder

1. **Wir vernetzen regional, bundesweit und akteursübergreifend.**
2. **Wir begleiten und unterstützen betriebliche Prozesse.**
3. **Wir tragen den Wandel zu den Menschen.**
4. **Wir unterstützen Meinungsbildung.**
5. **Wir schaffen Vielfalt im Rahmen des Strukturwandels.**

In **Bilanz und Handlungsempfehlungen** wird basierend auf den Erfahrungen in den REVIERWENDE-Büros und angereichert mit Zahlen und Fakten eine Bestandsaufnahme im Strukturwandel erstellt und daraus Empfehlungen für einen gemeinsam und fair gestalteten Strukturwandel in die Debatte abgeleitet.

Regionale Strukturpolitik hat die Region und alle Multiplikator*innen wie Beschäftigte, Gewerkschaften, Unternehmen, Kommunen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft im Blick. Die Handlungsempfehlungen richten deshalb sich an die Regionen, die Braunkohleländer und die Bundesebene, konkret an alle Verantwortlichen des Strukturwandels. Obwohl viele Handlungsempfehlungen revierübergreifende Gültigkeit haben, müssen sie immer tagesaktuell und mit den entsprechenden Akteur*innen vor Ort verhandelt werden und von den entsprechenden Akteur*innen in den Regionen ausgehen. Denn sie sind die Expert*innen für die eigenen Notwendigkeiten vor Ort.

Die vorliegenden Empfehlungen sind daher als Gesprächsangebot zu verstehen und dienen als Anregung zur gemeinsamen Kraftanstrengung in den Revieren, den Strukturwandel zum Gelingen zu bringen.

Die Handlungsempfehlungen orientieren sich an den drei Einzelzielen der REVIERWENDE:

- **Gute Arbeit** in den Revieren sichern und stärken
 - Gute Arbeit fördern und im Monitoring erfassen
 - Sozialpartner in das Bund-Länder-Koordinierungsgremium einbeziehen
 - Beschäftigte frühzeitig und bedarfsorientiert qualifizieren
- **Zukunftsbranchen** und Innovationen in den Revieren fördern
 - Regionale Strukturförderung neu ausrichten und strategisch fokussieren
 - Infrastrukturmaßnahmen beschleunigen – Ansiedlungen anreizen
 - Forschung und Entwicklung an regionalen Arbeitsmarkt anbinden
- **Beteiligung** und Mitgestaltung der Menschen in den Revieren verbessern
 - Gesellschaftliche Akzeptanz durch Transparenz und Beteiligung fördern
 - Die Interessen junger Menschen als Bürger*innen und Fachkräfte ernst nehmen
 - Frauen als Gestalterinnen stärken und Geschlechtergerechtigkeit fördern

Ausgangslage und Entwicklung im Strukturwandel

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen, die unsere Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten zu bewältigen hat. Deshalb einigten sich bei der UN-Klimakonferenz in Paris im **Dezember 2015** 197 Staaten der Klimarahmenkonvention auf ein neues, globales Klimaschutzabkommen.¹ Mit dem Abkommen von Paris haben sich die Staaten verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter 2 °C zu senken und den Anstieg der Durchschnittstemperatur auf 1,5 °C zu begrenzen. Das damalige Bundeskabinett hat den entsprechenden Klimaschutzplan 2050 im **November 2016** beschlossen. In dem Plan beschrieb die Bundesregierung den Weg zu einem weitgehend treibhausgasneutralen Deutschland bis zum Jahr 2050. Er konkretisierte das damals bestehende deutsche Klimaschutzziel für 2050 und die vereinbarten Zwischenziele und beschrieb erstmalig Maßnahmen, um das Pariser Klimaschutzabkommen umzusetzen.

¹ BMUB 2016a.

In ihrem Abschlussbericht vom **Januar 2019** legte die Kommission einen konkreten Plan für eine schrittweise Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung bis spätestens 2038 vor.³ Zudem verabschiedete die Kommission Vorschläge für wirtschaftliche, soziale und strukturpolitische Begleit- und Unterstützungsmaßnahmen, die als Voraussetzungen für einen schrittweisen Kohleausstieg umgesetzt werden sollten. Die betroffenen Bundesländer Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und das Saarland wurden bei der Erarbeitung der Vorschläge intensiv eingebunden.

³ BMWi 2019.

Der Bundestag beschloss im **August 2020** das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) und das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (StStG) und folgte den Empfehlungen der Kommission weitestgehend.⁵ Kern des StStG ist das Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG). Darin stellt der Bund 41,09 Milliarden Euro zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Kohleausstiegs bereit. Von der Summe verfügen die betroffenen Länder und deren Kommunen über 14 Milliarden Euro. Für Projekte des Bundes stehen 26 Milliarden Euro bereit, 1,09 Milliarden Euro für die Standorte der Steinkohlekraftwerke sowie das ehemalige Helmstedter Revier und den Landkreis Altenburger Land.

⁵ BMWK 2020.



Ziel der Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung war es, die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.² Bis 2050 strebte Deutschland die Treibhausgasneutralität an. Als wesentlicher Beitrag zur CO₂-Minderung in der Energiewirtschaft wurde ein Abschied von der Kohleverstromung diskutiert, ohne dass dies zunächst näher beschrieben wurde. Mit dem Koalitionsvertrag der damaligen Bundesregierung im Jahr 2018 wurde eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vorgeschlagen, die sich dem Ausstieg aus der Kohleverstromung zuwenden sollte. Die Kommission begann im **Juni 2018** zu arbeiten. Ihre Aufgabe war es, einen Entwicklungspfad zu beschreiben, der drei Ziele erreichen soll: einen sozial verträglichen Kohleausstieg ermöglichen, dabei gleichzeitig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung garantieren und diese mit dem Erhalt bestehender sowie dem Aufbau neuer Wertschöpfung verbinden.

² BMUB 2016b.

Anknüpfend an das Pariser Klimaabkommen setzte sich die Europäische Union zum Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden. Um strukturschwache Regionen und solche, die unmittelbar vor einem tiefgreifenden Strukturwandel stehen, dabei zu unterstützen, einigten sich die EU-Staaten auf einen „Green Deal“.⁴ Die Europäische Kommission verabschiedete den Green Deal im **Dezember 2019**.

⁴ Europäische Kommission 2025a.

Im **August 2021** trat die Ampelregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ihre Amtszeit an. In ihrem Koalitionsvertrag stellte die Regierung den Zeitpunkt des vereinbarten Ausstiegs aus der Kohleverstromung infrage. Darin hieß es, das Ende der Kohleverstromung sei „idealerweise“ auf 2030 vorzuziehen.⁶ Diese Vereinbarung wurde als direkte Folge des verschärften Klimaschutzgesetzes angesehen, welches infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom März 2021 noch von der Vorgängerregierung aus Union und SPD geändert worden war.

⁶ SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP 2021.

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine seit **Februar 2022** nahm die Debatte um Versorgungssicherheit und energiepolitische Abhängigkeiten an Fahrt auf. Kurzzeitig stiegen die Kohleabsatzmengen in den Jahren 2022 und 2023 an und für den Ausstieg vorgesehene Kraftwerke wurden über ein Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz kurzfristig am Netz gehalten, um Engpässe in der Energieversorgung zu schließen. Aufgrund der Energiekrise und Inflation schnürte die Bundesregierung drei Entlastungspakete in Höhe von insgesamt 300 Milliarden Euro in Form von Steuervergünstigungen, Einmalzahlungen (etwa die Inflationsausgleichsprämie) und Zuschüssen.⁷

⁷ Bundesregierung 2022a.

Im **Dezember 2022** beschloss die Bundesregierung gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen und der RWE AG die Beschleunigung des Braunkohleausstiegs im Rheinischen Revier und zog diesen Ausstieg um acht Jahre auf 2030 vor.⁸ Zwar gab es einen solchen politischen Beschluss zum vorzeitigen Ausstieg in Ostdeutschland nicht, dennoch stieg auch dort der Druck auf die kohleverstromende Industrie, den Strukturwandel in nun höherem Tempo zu gestalten.

⁸ Bundesregierung 2022b.

Einen Rückschlag beim sozial-ökologischen Umbau der Industrie erlitt die Bundesregierung im **November 2023**, als das Bundesverfassungsgericht die Umschichtung der Mittel im Haushalt von 2021 für verfassungswidrig erklärte.⁹ Fest eingeplante Kredite im Umfang von 60 Milliarden Euro durften demnach nicht für den Klimaschutz verwendet werden. Hintergrund war eine vormalige Kreditaufnahme des Bundes zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, für die eine Ausnahmeregelung der Schuldenbremse genutzt wurde. Weil diese Gelder nicht vollständig benötigt wurden, verschob die Regierung die Mittel in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) – ein vom sonstigen Haushalt getrenntes Sondervermögen. Mit dem Urteil fehlten nun wichtige Finanzhilfen.

⁹ Bundestag 2023.

2022

Ein Baustein des Green Deals war der „Just Transition Fund“ (JTF) oder auch „Fonds für einen gerechten Übergang“. Dieser hat das Ziel, die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des Wandels zur klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 zu bewältigen. Der JTF soll für den Ausgleich regionaler wirtschaftlicher Ungleichheiten sorgen. Insgesamt stehen 2,5 Milliarden Euro an JTF-Mitteln zur Verfügung. Im **Oktober 2022** starteten die Bundesländer ihre Programme. Mit den JTF-Mitteln ist prinzipiell auch eine direkte Förderung für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) möglich.

2023

Im **Juni 2023** stellte die Bundesregierung den ersten Evaluierungsbericht zu den Maßnahmen des Investitionspakets Kohleregionen vor. Als Problem benannten die Autor*innen des Berichts zum Beispiel, dass die Effekte der Fördermaßnahmen erst sehr verzögert sichtbar werden. In dem Bericht wird dafür geworben, die Förderprozesse und Strukturmaßnahmen besser zu kommunizieren und die Bevölkerung stärker in den Prozess einzubinden, um diese für den Strukturwandel und die Transformation zu gewinnen. Bislang sei nur ein geringer Teil des Gesamtbudgets ausgegeben worden und viele Projekte noch in der Pipeline. Außerdem sollen die Förderperioden flexibilisiert werden, um den Mittelabfluss zu gewährleisten.

2024

In seiner Sitzung im **Juni 2024** beschloss das Bund-Länder-Koordinierungsgremium Anpassungen des InvKG. Die Bundesregierung führte eine Flexibilisierung der Förderperioden ein, sodass nicht abgeflossene Mittel, die innerhalb einer Förderperiode bewilligt wurden, nun auch noch bis zu drei Jahre nach Ende einer Förderperiode verausgabt werden können.¹⁰ Auf die von Gewerkschaften und Unternehmensverbänden geäußerte Kritik, dass das StStG keine direkten Unternehmenssubventionen zuließ, wurde das Bundesprogramm STARK entsprechend geändert. Dies ermöglicht in den Grenzen des EU-Beihilferechts eine Vielzahl an investiven Unternehmensförderungen, um den Auf- und Ausbau industrieller Produktionskapazitäten entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Transformationstechnologien zu fördern. Außerdem wurde der Anteil der anzurechnenden Mittel aus dem Just Transition Fund (JTF) angepasst. Dieser beträgt jetzt nicht mehr 85 Prozent, sondern 77,5 Prozent.

¹⁰ BMWK 2024b.

Bis Ende **Juni 2024** lag seit Inkrafttreten des InvKG die Höhe der bewilligten Finanzhilfen bei ca. 21,9 Milliarden Euro und die Höhe abgeflossener Mittel bei rund 1,6 Milliarden Euro.¹¹ Die Vergabe der Fördermittel nimmt also Fahrt auf, wenngleich die bislang abgerufenen Hilfen in Relation zu den bewilligten Mitteln mit 7,2 Prozent nach wie vor gering ausfallen. Von den bis zu 14 Milliarden Euro an zur Verfügung stehenden Finanzhilfen für die Kohleländer waren nun 6,74 Milliarden Euro für 377 Projekte bereits verplant. Für Bundesmaßnahmen waren bereits 19,8 Milliarden Euro von möglichen 26 Milliarden Euro für 115 Projekte bewilligt. Der Bund selbst leistet durch die Ansiedelung von Behörden und Einrichtungen in den Kohlerevieren einen strukturpolitischen Beitrag und schafft Arbeitsplätze. Von den geplanten 5.308 Stellen konnten bisher 4.105 Stellen besetzt werden.

¹¹ Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 2025.

Mit den gestiegenen Zustimmungswerten der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg im **September 2024** sowie der Bundestagswahl im **Februar 2025** geht eine erhöhte Demokratieskepsis einher. Auch die Energiewende wird zunehmend misstrauisch bis ablehnend bewertet. Das spiegelt sich in gesunkenen Zustimmungswerten zur Energiewende in den Kohlerevieren wider. Die Ergebnisse einer Befragung zu den wichtigsten Problemen in Deutschland zeigen, dass der Klimawandel an Priorität verliert. Klimawandel und umweltbezogene Themen zählen demnach zwar weiterhin mit 39 Prozent zu den drängendsten Problemen, ihre Relevanz hat jedoch gegenüber 2021 um 20 Prozentpunkte abgenommen.¹³

¹³ Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 2025.

Im **Februar 2025** veröffentlichte die Bundesregierung den zweiten Evaluierungsbericht zum InvKG.¹⁵ Zentrale Ergebnisse sind weiterhin, dass Wirkungsverzögerungen beim Großteil der Maßnahmen zu erwarten seien, etwa bei verkehrlichen Infrastrukturen oder beim Auf- und Ausbau von Kapazitäten in Forschung und Entwicklung. Bis sich erste Effekte in Bezug auf arbeitsmarktrelevante Größen einstellen, würde ein Zeitraum von fünf bis fünfzehn Jahren vergehen. Der Bericht empfiehlt, die Verausgabung der Mittel zeitlich weiterhin flexibel zu handhaben und einen Schwerpunkt auf den Ausbau und die Sicherung des Arbeitskräfteangebots zu legen.

¹⁵ Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 2025.

2024

2025

Auch infrastrukturell wurden Weichen gestellt. Die Bundesnetzagentur genehmigte im **Oktober 2024** das Wasserstoff-Kernnetz für die Bundesrepublik.¹² Das betrifft Maßnahmen mit einer Leitungslänge von 9.040 Kilometern. Zu 60 Prozent handelt es sich um eine Umwidmung bestehender Erdgasleitungen. Bis 2032 soll das Kernnetz zur Wasserstoffversorgung von Kraftwerken und Industrie installiert werden. Für alle Reviere stellt Wasserstoff eine wichtige Energiequelle dar, um kohlebasierte Produktionsverfahren klimaneutral umzustellen.

¹² BMWK 2024a.

Deutschlands Wirtschaft stagniert seit zwei Jahren und das Bruttoinlandsprodukt ist kaum höher als vor fünf Jahren. Energiepreise, Fachkräfteengpässe, globale Konkurrenz und Preisdruck machen dem Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland zu schaffen. Arbeitsplätze stehen in zahlreichen Branchen wie seit langem nicht mehr nur auf der Kippe. Aufgrund dieses Problembündels beschloss der Bundestag im **März 2025** ein 500 Milliarden Euro schweres Infrastruktur-Sondervermögen.¹⁴ Mit diesem Sondervermögen sollen öffentliche Investitionen umgesetzt werden, um den Unternehmen verbesserte Standortbedingungen zu gewährleisten, die Stagnation zu überwinden und so der deutschen Wirtschaft den erforderlichen Nachfrageschub zu ermöglichen.

¹⁴ Bundestag 2025.

Die künftige Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD bekennt sich in ihrem im **April 2025** veröffentlichten Koalitionsvertrag zu dem beschlossenen Ausstiegspfad für die Braunkohleverstromung bis spätestens 2038.¹⁶ Die Zusagen aus dem StStG und Vereinbarungen zwischen dem Bund und den betroffenen Ländern sollen eingehalten werden, während eine zeitliche Flexibilisierung den möglichen Verfall von Mitteln verhindern soll. Die Regierung plant den Bau von Gaskraftwerken mit bis zu 20 Gigawatt an Kraftwerksleistung bis 2030 im Rahmen einer zügig zu überarbeitenden Kraftwerksstrategie. Die neuen Gaskraftwerke sollen deutschlandweit vorrangig an bestehenden Kraftwerksstandorten entstehen. Das Wasserstoff-Kernnetz soll deutschlandweit bedarfsgerecht an die industriellen Zentren, auch im Süden und Osten Deutschlands, angebunden werden.

¹⁶ Koalitionsvertrag 2025.

Revierwende im Zeitraffer – Revierwende in Zahlen

>10
Revierkonferenzen



TEILNEHMENDE
>1.500

>40
Fachforen und -tagungen



TEILNEHMENDE
>1.700

>25
Formate mit jungen Menschen



TEILNEHMENDE
>500

>100
Vorträge auf Konferenzen und Versammlungen



TEILNEHMENDE
>8.000

>100
Beratungen von Gremien und Betriebsräten



TEILNEHMENDE
>1.700

~20
Fahrten, Wanderungen und Ausstellungen im Revier



TEILNEHMENDE
>500

>300
Informations- und Vernetzungsveranstaltungen mit regionalen und überregionalen Akteuren



TEILNEHMENDE
>3.000

>150
Qualifizierungen, Innovationswerkstätten, Coachings



TEILNEHMENDE
~500

>50
Infostände



TEILNEHMENDE
>19.000

Summe
VERANSTALTUNGEN
~800



TEILNEHMENDE
>36.000

HANDLUNGSFELDER

Wir vernetzen regional, bundesweit und akteursübergreifend.

REVIERWENDE als Vernetzungsplattform bringt regionale Akteure zusammen. Ziel ist es, die Vernetzung zwischen den Akteuren für eine arbeitsorientierte Strukturentwicklung innerhalb der Reviere zu etablieren. Der Schwerpunkt liegt bei der Organisation der regionalen Vernetzung und des Austauschs von Entscheidungsträger*innen aus Politik, Wirtschaft und Arbeitnehmervertretung (landkreis- und bundeslandübergreifend). In zahlreichen Einzelgesprächen und Veranstaltungen (Fachtage, Austausch- und Netzwerktreffen) mit den zentralen Adressatengruppen sowie Multiplikator*innen und Entscheidungsträger*innen fördert REVIERWENDE den Austausch zu Fragen der Strukturgestaltung und zu Innovationsthemen.

Ein wichtiges Format, um Breitenwirkung zu erzielen, sind die (REVIERWENDE-)Konferenzen in allen Revieren. Mit diesen Veran-

staltungen, die bisher zwischen 100 und 300 Teilnehmer*innen hatten, können Beschäftigte, Vertreter*innen aus Betriebsräten und der Sozialpartner, Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung sowie andere Akteure in der Region erreicht werden. Die Konferenzen haben eine herausgehobene Stellung in der Netzwerkarbeit.

Die REVIERWENDE-Büros haben in allen Revieren Betriebsrätenetzwerke und -stammtische aufgebaut. Die Betriebsrätenetzwerke haben wir so angelegt, dass kontinuierlicher Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch möglich sind. Über die Netzwerke bietet das Projekt den betrieblichen Interessenvertreter*innen auch konkrete Hilfeleistungen durch Qualifizierungsangebote sowie Informationen und Materialien zur Unterstützung der Arbeit vor Ort.

Ein komplexes Projekt wie REVIERWENDE benötigt neben den revierbezogenen Konferenzen auch ein übergreifendes Format, zu dem die relevanten Akteure aus allen Kohlevieren zusammenkommen und sich austauschen. Dazu finden digitale Netzwerkveranstaltungen statt.

Ziele

- Regionale Akteure vernetzen
- Gegenseitigen Austausch fördern
- Meinungen an Politik herantragen
- Revierübergreifend vernetzen

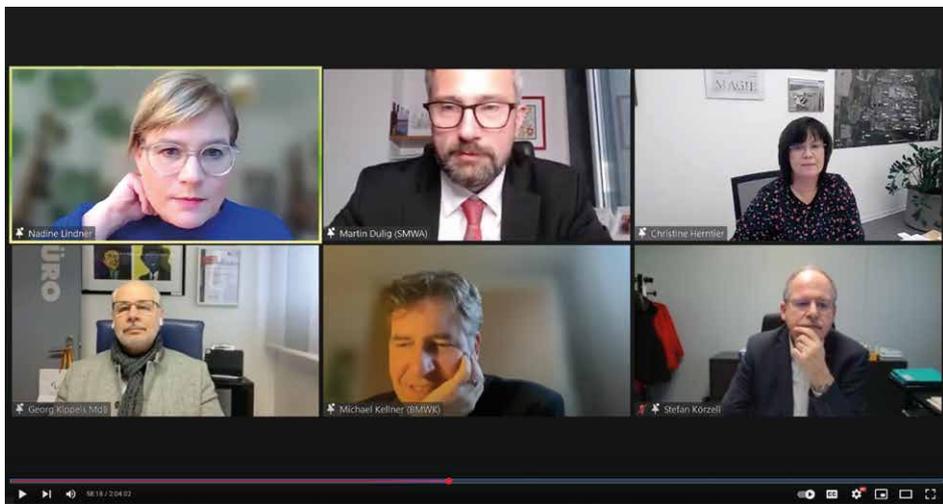
Betriebsrätenetzwerke



Als Wissensmultiplikator hat das REVIERWENDE-Büro in der Lausitz spezifische Beratungsleistungen für gewerkschaftliche und betriebliche Akteure zu Fragen der regionalen Strukturentwicklung und Transformation angeboten. Gemeinsam¹ mit der PCG Project Consult GmbH und der IMU-Institut Berlin GmbH bauten die Lausitzer unter anderem Betriebsrätenetzwerke zu den Themen „Energie und Versorgung“ und „Gesundheit in der Lausitz“ in Kooperation mit ver.di auf. Das Netzwerk dient der themenbezogenen Information und dem kollegialen Austausch über die bisherigen regionalen und gewerkschaftlichen Gremien hinaus mit Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung. Ziel ist es, Innovationsthemen zu behandeln und die Betriebsrät*innen zu Themen der Transformation zu beraten.

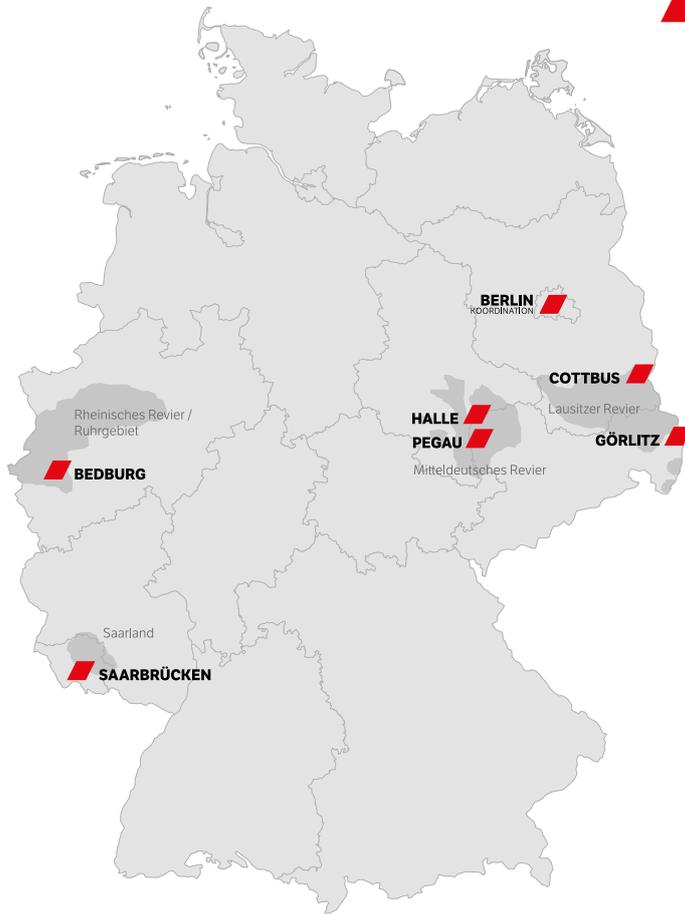
¹ Die IMU-Institut Berlin GmbH und PCG – Project Consult GmbH sind Dienstleister zur Unterstützung der Projektarbeit im Lausitzer Revier.

Revierübergreifende Netzwerkveranstaltung



Das Berliner Büro organisiert seit Beginn des Projekts regelmäßig revierübergreifende Netzwerkveranstaltungen im digitalen Raum. Diese dienen dazu, ein funktionales Netzwerk zwischen den regionalen Akteuren der einzelnen Reviere aufzubauen und die Beratungsangebote der REVIERWENDE-Büros in die Fläche zu tragen. Themen waren bisher etwa der vorgezogene Braunkohleausstieg 2030 in Nordrhein-Westfalen, die Evaluation der Strukturentwicklung und des Investitionsgesetzes Kohlerevieren, die Europawahl und zuletzt die Rolle von Forschung und Entwicklung in den Revieren. Für

die Debatten konnten wir Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft, Behörden und Gewerkschaften gewinnen, zum Beispiel Jörg Huntemann (Sächsisches Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung), Dr. Rafael L'Hoest (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz), Jürgen Steinmetz (IHK Mittlerer Niederrhein), Anna Cavazzini (Mitglied des Europäischen Parlaments), Dr. Ramona Schröder (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit), Prof. Dr. Stefan Gärtner (Institut Arbeit und Technik) und Michael Vassiliadis (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie).



REVIERWENDE-Konferenzen



Rainer Weisflog

Lausitzer Revier



REVIERWENDE, Mitteldeutsches Revier

Mitteldeutsches Revier



Hans-Josef Roggendorf

Rheinisches Revier



Oliver Dietze

Saarland

HANDLUNGSFELDER

Wir begleiten und unterstützen innovationsfördernde betriebliche Prozesse.

Als prozessbegleitender Koordinator stellt REVIERWENDE Ressourcen und Kompetenzen bereit, um bei der regionalen Strategie- und Strukturentwicklung zu unterstützen. Gemeinsam mit den regionalen Akteuren identifizieren die REVIERWENDE-Beschäftigten Projektideen etwa zur Fachkräftesicherung und Bildung von Clustern, entwickeln diese weiter und erarbeiten Handlungsmöglichkeiten.

Formate sind zum Beispiel Branchentreffen, Fachforen und betriebliche Innovationswerkstätten, in denen Fragen behandelt werden, die sich auf die Veränderung von Wertschöpfungsstrukturen in den Revieren durch den Transformationsprozess beziehen. Dabei geht es um Mitbestimmung und Beteiligung in unterschiedlichen Branchen, vor allem in den neuen Bereichen, in den neu angesiedelten Betrieben, aber auch um die Förderung von Aus- und Weiterbildung.

Ausgangspunkt der Werkstätten sind die regionalen Bedarfe. Dabei sind Wissenschaft, Unternehmen, Politik, Institutionen und Kammern sind wichtige Kooperationspartner und Teilnehmende der Werkstätten. Gemeinsam werden Strategien und Lösungen erarbeitet. Die inhaltlichen Anregungen liefern die Mitglieder der Innovationswerkstätten. REVIERWENDE setzt daher Impulse im Sinne eines „Wandels von innen“. Die REVIERWENDE fungiert als organisatorische und koordinative Klammer, unterstützt die Prozesse, baut Netzwerkstrukturen auf, organisiert Findungs- und Abstimmungstreffen und sorgt für einen reibungslosen Ablauf.

Außerdem gibt es Angebote für Coaching und Beratung. Diese richten sich vor allem an gewerkschaftliche und betriebliche Akteure. Sowohl Methoden als auch Fachwissen zu Fragen der regionalen Strukturentwicklung

und Transformation sollen hier vermittelt werden. Die Teilnehmenden der Beratung sollen befähigt werden, im strukturpolitischen Kontext mit anderen Akteuren (etwa Kammern, Ministerien, Unternehmen) auf Augenhöhe zu agieren und Strategien der Regionalentwicklung fundiert erörtern zu können.

Ziele

- Regionale Bedarfe analysieren
- Fachwissen ermitteln
- Arbeitsgruppen aufbauen
- Gemeinsame Handlungsansätze erarbeiten

Branchennetzwerk

Im September 2024 wurde mit über 50 Teilnehmenden aus Betrieben verschiedener Branchen das Betriebsrätenetzwerk „Arbeit Wandel Revier“ im Rheinischen Revier gegründet. Hier werden die Wünsche der Teilnehmenden sowie Austausch und Vernet-

zung im Fokus stehen. Sie werden bei den gegenwärtigen Entwicklungen begleitet und so die Mitbestimmung in Innovationsprozessen gestärkt. Im März 2025 fand ein digitales Treffen zum Thema „KI und Mitbestimmung“ statt.

Fachforum

Am 19. November 2024 fand das erste Fachforum der Veranstaltungsreihe „Zukunft des Strukturwandels – Grüne Energie“ des saarländischen REVIERWENDE-Büros statt. Das Format bot einen wichtigen Raum für den Dialog zwischen Politik, Gewerkschaften und Bürger*innen, um gemeinsam Lösungen für den Strukturwandel im Saarland zu entwickeln. Klar wurde, dass der Weg in eine zukunftsfähige und nachhaltige Energieversorgung Entschlossenheit, Investitionen, eine enge Zusammenarbeit und regelmäßigen Austausch aller Akteure erfordert. Die Veranstaltung wurde von Jürgen Barke, Wirtschaftsminister des Saarlandes, eröffnet, der in seiner Rede die aktuellen Herausforderungen durch hohe Energiepreise thematisierte. Das Fachforum wird 2025 mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten fortgesetzt.

Innovationswerkstätten

Am 10. September 2024 und am 23. Januar 2025 trafen sich im Cottbusser Startblock B2 zahlreiche Betriebsrät*innen von Partnerunternehmen der LEAG zu einer Innovationswerkstatt „**Braunkohledienstleister und Serviceunternehmen**“. Gemeinsam mit der IG Metall Ostbrandenburg/Cottbus, dem IGBCE Bezirk Lausitz, dem DGB Südbrandenburg-Lausitz und dem REVIERWENDE-Büro Lausitz wurden aktuelle Herausforderungen und Zukunftsaussichten der Unternehmen und Beschäftigten diskutiert. Mit dem Ende des Kohlebergbaus und der sukzessiven Abschaltung der verbliebenen Kraftwerke müssen auch viele Partnerunternehmen der LEAG neue Geschäftsfelder erschließen. Dabei ist Schätzungen zufolge mindestens noch einmal dieselbe Anzahl an Beschäftigten wie bei der LEAG von den Umbrüchen betroffen. Viele der Beschäftigten in den Partnerunternehmen sehen sich aber bei den Maßnahmen, die den Strukturwandel begleiten und abdämpfen sollen, zu wenig berücksichtigt. Nur



REVIERWENDE Lausitzer Revier

für die wenigsten greifen Zuwendungen wie das Anpassungsgeld Braunkohle. Nach einer Bestandsaufnahme des aktuellen Zustandes

in den Unternehmen wurden gemeinsame Handlungsmöglichkeiten für diese Beschäftigtengruppe erarbeitet.

Innovationswerkstätten



Tina Neumann

Im August 2024 fand im Berufsschulzentrum Landkreis Leipzig die Präsentation und Vorstellung des Experimentierzirkels „**Erneuerbare Energien**“ mit rund 40 Teilnehmenden aus Betrieben, Gewerkschaften, Forschungseinrichtungen, Ämtern und den umliegenden Schulen statt. Der Termin gehört zu den Aktivitäten der **Arbeitsgruppe „Zukunft der beruflichen Bildung“**, die auf Initiative des DGB Leipzig-Nordsachsen und des REVIERWENDE-Büros in Pegau vor drei Jahren gegründet wurde. Die Arbeitsgruppe besteht aus Betriebsrät*innen, Gewerkschafter*innen, Schulleitungen, Wissenschaftler*in-

nen und Unternehmen aus der Region. Die Arbeitsgruppe unterstützt das Projekt eines Technikums in Sachsen, um einen Lernort mit niedrigschwelligen Lernangeboten und modernen praxisorientierten Vermittlungsmethoden zu schaffen. So soll der Zugang zu relevantem Transformationswissen und neuen berufs- und technikbezogenen Bildungsinhalten ermöglicht werden. Gleichzeitig ist eine Mechatroniker*innen-Klasse geplant, um den Standort und seine Ausbildungskapazitäten zu erhalten und zu stärken. Dieses Projekt wird vom REVIERWENDE-Büro Pegau eng begleitet.

Coaching

Ein Coaching erhielten Betriebsrät*innen des Kraftwerks Jänschwalde (Mitarbeiterzukunftsgespräche), des Carl-Thiem Klinikum Cottbus zur Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem, vom Waggonbau Niesky und Alstom Bautzen. Die Revierwende unterstützt die Beschäftigten, den Betriebsrat und ver.di beim Umwandlungsprozess des Carl-Thiem-Klinikums in das neu entstehende Universitätskrankenhaus. Konkret wird der Informationsfluss an die Kolleg*innen gefördert, aber auch deren Mitwirkungsmöglichkeiten. In einem weiteren ausführlichen Coaching wurde der Betriebsrat des Kraftwerks Jänschwalde dabei unterstützt, mit allen Kolleg*innen Mitarbeiterzukunftsgespräche zu führen.

HANDLUNGSFELDER

Wir schaffen Vielfalt im Rahmen des Strukturwandels.

REVIERWENDE ist besonders geeignet, die sozialen Themen der Transformation zu adressieren, denn die REVIERWENDE-Büros haben den breiten Zugang zu den Beschäftigten in den Unternehmen. Im Sinne einer möglichst diskriminierungsfreien und integrativen Projektarbeit stehen die Büros allen Beschäftigten und Interessierten offen, die den Strukturwandel in den Kohleregionen arbeitsorientiert gestalten wollen. REVIERWENDE ist eng vernetzt mit den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Kohleregionen, zum Beispiel mit Gleichstellungs-, Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, aber auch mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Daher liegt einer der Schwerpunkte darauf, vielfältige Perspektiven in den Strukturwandel einzubeziehen.

Dazu gehören junge Menschen als Bürger*innen und Fachkräfte von heute und morgen. Von ihrer Bindung an die Region durch attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze

hängt es wesentlich ab, ob sich die Fachkräftengpässe, vor allem in den ostdeutschen Kohleregionen, verringern oder weiter verstärken. Sie müssen gleichzeitig in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden, damit die Regionen lebenswert bleiben und sich entwickeln können. Sie zu erreichen, stellt eine wesentliche Stärke des Projekts REVIERWENDE dar. Die Forderung nach mehr Geschlechtergerechtigkeit ist ein weiterer wichtiger Punkt, denn gerade weibliche Positionen sind in den Debatten zum Strukturwandel bisher kaum repräsentiert. Darüber hinaus gilt es, in den Veränderungen der kommenden Jahre Geschlechtergerechtigkeit insgesamt und umfassend mitzudenken, um unbewusster Reproduzierung und Re-Traditionalisierung entgegenzuwirken. Da die heutigen Industriearbeitsplätze immer noch vielfach männerdominiert sind, müssen die Verbesserung von Frauenerwerbsarbeit und -partizipation und ihrer Rahmenbedingun-

gen stets mitgedacht werden. Auch für Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitsuchende müssen neue Chancen eröffnet werden, um ihre Perspektiven in den Strukturwandel einzubeziehen und ihr Fachkräftepotenzial zu nutzen.

Ziele

- **Vielfältige Perspektiven einbeziehen**
- **Plattform für Meinungsaustausch geben**
- **Interessen aller Zielgruppen hörbar machen**
- **Gegenseitigen Austausch fördern**

Konferenzen



Jonas Banken-Blumenthal

Am 1. April 2025 fand im Rheinischen Revier die erste **Gestalter*innen Konferenz** statt. Mit 40 Teilnehmenden aus Wissenschaft, Politik, Kommunen und Städten, Jobcentern, DGB und Gewerkschaften wurde die zentrale Frage „Was braucht es für einen geschlechtergerechten Strukturwandel?“ diskutiert. Nach interessanten Impulsvorträgen von Dr. Lukas Hermwille vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und Christina Schildmann von der Hans-Böckler-Stiftung wurde die Expertise von allen anwesenden Stakeholdern genutzt, um Impulse für eine geschlechtergerechtere Gegenwart und Zukunft im Revier zu sammeln.

Workshops



REVIERWENDE Mitteldeutsches Revier

In einem Workshop im Mai 2023 kamen Jörg Huntemann (Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung) und Mitarbeitende der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt mit den **Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV)** der vom Kohleausstieg betroffenen Unternehmen zusammen und diskutierten über den Stand des Strukturwandels. Den Schwerpunkt bildeten Projekte für die junge Generation in den Revieren.

Erzählalon

Am 18. April 2024 lud die REVIERWENDE Lausitz zusammen mit dem DGB-Ostsachsen, der Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Hoyerswerda zum Erzählalon zum Thema „Wie erleben Frauen den Strukturwandel? – Transformation weiblich gedacht“ ein. Gut 30 Zuhörer*innen folgten der Einladung ins Zuse-Computer-Museum (ZCOM). Sie kamen mit vier Frauen unterschiedlichen Alters auf dem Podium ins Gespräch, die als engagierte Betriebsrätinnen aus ihrem Arbeitsleben berichteten und davon, wie sie die Auf-, Ab- und Umbrüche in den 1990er Jahren und bis heute erleben. Im März 2024 eröffnete außerdem die Ausstellung: Frauenarbeit. Frauenalltag. Frauenrechte. Die Ausstellung mit acht Frauenportraits zeigt Erfahrungswelten berufstätiger Frauen in der DDR, nach der Wende und heute. Als Gewerkschafterinnen und Betriebsrätinnen standen und stehen sie bis heute ihre Frau und kämpfen für den Erhalt von Arbeitsplätzen, bessere Arbeitsbedingungen, familienfreundliche Arbeitszeiten und gleichen Lohn für gleiche Arbeit.



REVIERWENDE Lausitz

Netzwerkforum



REVIERWENDE Mitteldeutsches Revier

Das Mitteldeutsche REVIERWENDE-Büro in Halle organisierte 2023 und 2024 in der Woche der Menschen mit Behinderungen die Veranstaltung „Vielfalt im Team – Arbeitgeber- und Netzwerkforum zur Teilhabe am Arbeitsmarkt“, die sich an Geschäftsführende, Personal- und Ausbildungsverantwortliche, aber auch an Betriebsräte und Schwerbehindertenvertretungen richtete. Es handelt sich um eine Kooperationsveranstaltung der

Agentur für Arbeit Sachsen-Anhalt Süd, dem Jobcenter Halle, der REVIERWENDE und des Örtlichen Teilhabemanagements der Stadt Halle. Ziel war es, mit Expert*innen ins Gespräch zu kommen, neue und bewährte Strategien und Maßnahmen rund um das Thema Teilhabe am Arbeitsmarkt kennenzulernen und Beratung zu leidensgerechter Arbeitsplatzausstattung und Barrierefreiheit kennenzulernen.

Zukunftsakademie



Robert Eckstein

Zur Orientierung bei der Qualifizierung für vor allem junge Menschen diente auch die „Zukunftsakademie“. Das fünftägige Programm fand rund um die Lausitzer Energiewende in den Jahren 2023 und 2024 statt. Die Zukunftsakademie ist eine gemeinsame Veranstaltung von QLEE (Qualifizierungsverbund in der Lausitz für Erneuerbare Energien) und der REVIERWENDE mit Unterstützung der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg. Die Bildungsveranstaltung wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen des STARK-Programms gefördert.

HANDLUNGSFELDER

Wir tragen den Wandel zu den Menschen.

Ein wesentliches Merkmal von REVIERWENDE ist, die zum Teil sehr abstrakten Themen der Transformation sichtbar und Prozesse nachvollziehbar zu machen. Dazu organisiert REVIERWENDE Betriebsbesuche und Austauschformate vor Ort in besonderen Projekten oder Betrieben, die sich im Strukturwandel befinden. Bei allen Formaten steht im Vordergrund, dass die Menschen sich über die Transformation informieren und mit Menschen an den Orten der Transformation wie im Betrieb ins Gespräch zu kommen. REVIERWENDE will zeigen, welche Menschen vor Ort hinter dem Strukturwandel stehen und sich dafür ein-

setzen, dass er gelingt. Der Wandel wird damit positiv erlebbar gemacht, Chancen des Wandels aufgezeigt und Ängste bezüglich der Transformation abgebaut. Viele Vorträge vor Beschäftigten, Betriebsrät*innen und einer interessierten Öffentlichkeit informieren die unterschiedlichen Zielgruppen über den Strukturwandel in ihrer Region und diskutieren den Mehrwert durch die Fördermaßnahmen. Bei allen Formaten steht im Vordergrund, dass sich die Menschen zielgruppenorientiert über die Transformationsprozesse informieren und ihre Vorstellungen und Ideen dazu einbringen können.

Ziele

- Vor Ort informieren
- Bürger*innen für den Strukturwandel sensibilisieren
- Chancen, Erfolge und Hürden aufzeigen
- Strukturwandel anfassbar machen

Bustour

Das REVIERWENDE-Büro im Saarland hat mit seiner Reihe „**Transformation zum Anfassen**“ ein Format geschaffen, das interessierten Menschen in der Region die Transformation näherbringt. Es wurde in Kooperation mit der IG Metall Transformationswerkstatt und dem Transformationsnetzwerk TraSaar im Sommer 2023 ins Leben gerufen. Die Reihe zielt zum einen darauf ab, Betriebsrät*innen und Interessierten die Gelegenheit zu bieten, Orte vor der Haustür zu besichtigen, an de-

nen die Transformation schon jetzt sichtbar oder in naher Zukunft erkennbar sein wird. Die Nachfrage ist groß: Zum Beispiel gab es für die 60 Plätze bei der Fahrt im Februar 2024 über 100 Anfragen. Im Oktober 2024 waren Betriebsrät*innen zu einer Exklusivführung zum weltweit größten LKW-Produktionswerk, Mercedes-Benz Trucks, eingeladen. Am Ende konnten die Teilnehmenden sich mit dem Werksleiter zu den Themen der Transformation austauschen.

Stammtische

Zur Beratung von Betriebsrät*innen und anderen Interessierten wurde im Mitteldeutschen Revier der REVIERWENDE-Stammtisch ins Leben gerufen. Es handelt sich um eine Kooperation der REVIERWENDE-Büros Pegau und Halle mit dem zivilgesellschaftlichen

Bündnis „Strukturwandeln“. Menschen, die sich für die Nutzung der Chancen einsetzen, die Region nachhaltiger und lebenswerter zu gestalten, konnten hier in offener Atmosphäre Mitstreiter*innen und Diskussionsmöglichkeiten finden.

Bodenzeitung

Das REVIERWENDE-Büro Görlitz hat mit der „Bodenzeitung“ ein **beteiligungorientiertes Format** entwickelt, das großes Interesse fand. Die Bodenzeitung wurde eingesetzt, um mit Menschen in der Öffentlichkeit oder bei Veranstaltungen über die Frage „Wie verändert der Strukturwandel dein Leben?“ ins Gespräch zu kommen. Dieses Format wurde zum Beispiel in einem Workshop mit 22 Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer*innen der Stadtverwaltung Görlitz eingesetzt. Dabei war zu erkennen, dass sich die meisten Teilnehmenden mit ihren Ausbildungsberufen fit für die Zukunft fühlen und ihre berufliche Zukunft in der Region positiv einschätzen. Einige gingen jedoch davon aus, dass sie die Region verlassen werden. Sorge bereitete den jungen Menschen, dass weiche Faktoren wie Kultur und Freizeitangebote im Strukturwandel vernachlässigt werden. Fast alle wünschten sich eine Verbesserung der Mobilität durch den Ausbau von Bus und Bahn in der Lausitz.

Dialog zwischen Regionen und Politik

Bettina Altesleben, Staatssekretärin im saarländischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit, und eine kleine Delegation aus dem Saarland waren zu Gast im Rheinischen Revier. Bei dieser Veranstaltung brachte Anja Weber, Vorsitzende DGB-NRW, eine präzise Einschätzung zum Stand des Strukturwandels im Rheinischen Revier ein. Mit Bodo Middeldorf (Geschäftsführer der Zukunftsagentur Rheinisches Revier), Lena Teschlade (SPD-Landtagsfraktion) und Ralf Holtkötter (Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Brühl) diskutierten wichtige Akteure des Strukturwandels. Anschließend konnten mit Inputs aus dem Brainery Park Jülich (Morena Blajic, Markus Bamyneck), der Modelfabrik Papier (Wolfgang Kranz-Pitre, Win.DN, Dr. Dominic Laaf, Modelfabrik Papier gGmbH) und dem Helmholtz-Cluster Wasserstoff NRW (Fabian Patzak) wichtige Projekte des Strukturwandels im Revier vorgestellt werden.



REVIERWENDE Saarland

Informationsveranstaltungen



REVIERWENDE Mitteldeutsches Revier

Das REVIERWENDE-Büro in Pegau lud mit der Volkshochschule Landkreis Leipzig in sechs Städten des Mitteldeutschen Reviers zur Veranstaltungsreihe „Strukturwandel in der Region Leipzig – Finanzen, Akteure, Projekte“ ein. An sechs Abendterminen informierte die REVIERWENDE über das Strukturwandel-

gesetz Kohleregionen und die Verwendung der Fördermittel. Was passiert mit den Fördermitteln? Wer kann Anträge stellen? Wie sind die Mittel aufgeteilt? Wer entscheidet über die Projektideen? Und wie läuft dieser Prozess im Landkreis Leipzig?

Vorträge

Das REVIERWENDE-Büro in Bedburg ist bei neun Ortsgruppenvorträgen immer wieder sehr nah an die Kolleg*innen der Mitglieds-gewerkschaften gekommen. Etwa 150 Menschen wurden durch dieses Format erreicht, bei dem es schwerpunktmäßig um den Stand des Strukturwandels und die Lage der Arbeitnehmer*innen ging. Auch grundlegende Konzepte der Transformation wurden erörtert. So wurden die aktuellen und anstehenden Prozesse verständlich erklärt und greifbar gemacht. Beim anschließenden Austausch gab es neben Fragen auch immer wieder ehrliches Feedback zu aktuellen Sorgen und Hoffnungen im Strukturwandel.

HANDLUNGSFELDER

Wir unterstützen Meinungsbildung.

Die Arbeit von REVIERWENDE wird durch eine revierspezifische Öffentlichkeitsarbeit flankiert. Sowohl um Meinungsbildungsprozesse in der Region, in Branchen und Betrieben zu fördern, als auch zur Kommunikation der Aktivitäten in die Breite der Bevölkerung. Den Strukturwandel transparent zu machen, ist eine Grundlage, um Meinungsbildung zu unterstützen. In den Publikationen berichtet REVIERWENDE, in welche Orte und Projekte die öffentlichen Gelder fließen und wer davon profitiert. Nach dem Motto „Tu Gutes und rede darüber“ sollen die Erfolge der Strukturentwicklung herausgestellt werden, um ein positives Narrativ zu vermitteln und gegenseitiges Lernen zu ermöglichen. Der Fokus liegt auf den einzelnen Revieren und ihren Erfolgsstorys. Wem ist etwas gelungen und

was war dafür notwendig? REVIERWENDE will zeigen, wo Unternehmen in Zukunftstechnologien investieren und Arbeitsplätze entstehen. Durch die Darstellung von Leuchtturmprojekten und positiven Narrativen können Räume geschaffen werden, um die Transformation lebendig und greifbar zu machen. Außerdem spricht die REVIERWENDE mit Entscheidungsträger*innen aus Politik, Gewerkschaften, Unternehmen oder Kommunen und fragt kritisch nach dem Stand und den Perspektiven des Strukturwandels. Allen ist klar: Den Strukturwandel gemeinsam anzupacken trotz unterschiedlicher Interessen, darin liegt die große Chance, aber zugleich die Herausforderung. Der Strukturwandel kann nur schulterübergreifend gelingen kann.

Ziele

- ➔ **Niederschwellig Inhalte vermitteln**
- ➔ **In die Breite wirken**
- ➔ **Komplexe Sachverhalte einfach aufbereiten**
- ➔ **Gegenseitiges Lernen ermöglichen**



Glückauf!-Podcast

Der „Glückauf!“-Podcast, der in 10 Folgen zwischen 2022 und 2024 aufgenommen wurde, begleitete das REVIERWENDE-Projekt. Der Titel knüpft an den traditionellen Bergmannsgruß an. „Glück auf“ bedeutet so viel wie „Viel Glück, dass du reichlich Kohle findest und gesund von deiner Schicht zurückkehrst“. Entsprechend handelte der Podcast vom Kohleausstieg sowie vom Wandel der Arbeit und des Lebens in den Kohleregionen. Mit Gästen aus Politik, Gewerkschaften und

Wissenschaft wurde diskutiert. Was bedeuten Kohleausstieg und Strukturwandel für meine Region, aber auch ganz konkret für mich? Welche neuen beruflichen Perspektiven können mit dem Auslaufen der Kohle entstehen? Wie erreichen wir, dass die Arbeitsbedingungen der neuen Jobs auch gut sind? Wie kann die Energiewende eine Chance für mich und die Region sein? Welche Herausforderungen stehen in den nächsten Jahren an? Und wie gehen wir diese gemeinsam und gerecht an?



Newsletter

Das Bedburger REVIERWENDE-Team informiert seit 2022 drei bis vier Mal im Jahr per Newsletter über den Stand des Strukturwandels im Rheinischen Revier. Dabei wurde zum Beispiel der vorgezogene Kohleausstieg oder die Energiekrise thematisiert. Besonders ansprechend wird der Newsletter durch Rubriken wie „Kumpel Tonis Pausen-Talk“, „Strukturwandel lebt“ und „Mal nachgefragt“. Eingehrahmt werden diese durch ein Grußwort, aktuelle Berichte und Termine aus dem Bedburger Büro. So kommen verschiedene Stimmen aus dem Revier zu Wort und machen den Strukturwandel konkret und erlebbar.

REVIERWENDE
GEWERKSCHAFTEN GESTALTEN STRUKTURWANDEL

NEWSLETTER AUSGABE 1
SOMMER 2024
BÜRO SAAR

VIERNULL

NEUES ZUR SAARLÄNDISCHEN TRANSFORMATION

Wie die Zeit vergeht.

Anlässlich des einjährigen Bestehens hat Projektleiter Marco Rupprecht in die Stiftung Demokratie des Saarlandes eingeladen. Über 90 Teilnehmende, ein gemischtes Publikum aus VertreterInnen der Mitbestimmung, Bevölkerung und Politik, folgten der Einladung.

Nach der Begrüßung sprach Timo Ake, stellvertretender DOB-Bundesvorsitzende, ein Grußwort. Dann diskutierten die noch anstehenden Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation im saarländischen Revier. Er betonte, dass diese Mammutsaufgabe nur mit einer Beteiligung und insbesondere mit dem unermüdeten Einsatz zahlreicher Beschäftigter und deren Betriebsräte gelingen kann. Er sprach sich für eine stärkere Vernetzung zwischen den saarländischen Revieren, weiterhin müssen die saarländischen und Saarländer, sowohl was sich vor der Hand angeht, als auch weiter oben, lobbe die gute Zusammenarbeit zwischen dem Projekt Revierwende und dem DOB. Einmal mehr wurde deutlich, dass die Zusammenarbeit eines Jahres wurde inhaltlich viel angereicherter, dass Tempo muss weiterhin beibehalten werden.

Es folgte ein Interview mit dem ehemaligen Bürgermeister von Pittsburg, Bill Pflauser. Das zurückliegende Interview wurde im Vorfeld der Veranstaltung digital aufgezeichnet und mit einem deutschen Untertitel besetzt. Projektleiter Marco Rupprecht wollte für die Veranstaltung bewusst den Blick über das Saarland richten, um meiner täglichen Arbeit mit Beschäftigten und Betriebsräten und saarländischen, wird mir regelmäßig berichtet, dass das Saarland mit seinem Vorhaben weltweit ein Beispiel für die Nachhaltigkeit zu erbringen gelingt und höher sein Erfolg.

Nach dem Interview wurde diskutiert, worin wurden im Vorfeld Dr. Frank Hagen (Baufachverständiger der saarländischen Landesregierung für den Strukturwandel), Heiko Metzger (SPD-Bürgermeister Saarbrücken) und Stefan Ake (Hauptarbeitsratsvorsitzender der Saarstahl AG) eingeladen. Wir gaben Fragen wurde den Teilnehmenden ein Einblick in die aktuellen Transformationsprozesse gewährt. Alle Teilnehmenden haben auch die Möglichkeit selbst Fragen an das Thema zu stellen. Hieran wurde auch Gebrauch gemacht. Sie konnten Fragen zum Thema der Anstellung von Wölfen, dem Wasserstoffnetzwerk, steigende Energiepreise und was das Saarland zukünftig wirtschaftlich aufzuweisen hat, beantwortet werden.

Nach dem Input hatten die Teilnehmenden auch noch nach Ende der Veranstaltung Zeit sich zu vernetzen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

REVIERWENDE

REVIERWENDE
GEWERKSCHAFTEN GESTALTEN STRUKTURWANDEL

Revierkurier

Mitteldeutsches Revier | Bismarck-Halle und Pegau | No. 1 | Winter 2022/2023

INHALT

- Stimme aus dem Revier 2
- Stand und Perspektiven des Strukturwandels 3
- Innovative Branchen – Wasserstoff 7
- Projekte zum Strukturwandel 8
- Bildung im Strukturwandel 9
- Das Revierwende-Team bei der Arbeit 11
- Zu guter Letzt – mit Gewerkschaft Impressum 12

Die Projektleiterinnen aus Pegau und Halle, Gailke.

Glück auf!

In dem Händchen haben Sie die erste Ausgabe des Revierkuriers von dem Team des Projekts „Revierwende“ – Gewerkschaften gestalten Strukturwandel“ aus dem Mitteldeutschen Revier.

Die Bundesregierung hat 2022 entschieden, die von Strukturwandel betroffenen Bereiche und Menschen mit 40 Milliarden Euro bis 2030 zu unterstützen und Perspektiven zu schaffen. Mit dem Revierkurier wollen wir zeigen, welche Möglichkeiten im Mitteldeutschen Revier entstehen. Den Strukturwandel transformieren, Unternehmen, Kommunen, Gewerkschaften, Netzwerkpартner*innen und Menschen vor Ort. Den Strukturwandel gemeinsam anpacken trotz unterschiedlicher Interessen, das heißt die große Chance, aber auch zugleich die Herausforderung. Klar ist, der Strukturwandel kann bloß schrittweise gelingen. Wir fragen nach Ihren Erwartungen, danach, wie das Mitteldeutsche Revier lebendiger bleibt und was passieren muss, damit der Strukturwandel erfolgreich verläuft. Nach dem Motto: „Tu Gutes und wende darüber“ wollen wir mit den Beteiligten gemeinsam einen ermöglichen. Was ist die Wertschöpfung und was ist dafür notwendig? Wir wollen zeigen, wo Unternehmen in Zukunft technologisch investieren und Arbeitsplätze entstehen.

Außerdem sprechen wir mit Entscheidungsträger*innen aus Politik, Gewerkschaften, Unternehmen oder Kommunen und fragen kritisch nach dem Stand und den Perspektiven des Strukturwandels.

Ob Betriebsrät*innen, Gewerkschaftler*innen, Unternehmer*innen, Kommunalpolitiker*innen, Netzwerkpартner*innen oder Menschen vor Ort. Den Strukturwandel gemeinsam anpacken trotz unterschiedlicher Interessen, das heißt die große Chance, aber auch zugleich die Herausforderung. Klar ist, der Strukturwandel kann bloß schrittweise gelingen. Wir fragen nach Ihren Erwartungen, danach, wie das Mitteldeutsche Revier lebendiger bleibt und was passieren muss, damit der Strukturwandel erfolgreich verläuft.

revierwende.de

REVIERWENDE
GEWERKSCHAFTEN GESTALTEN STRUKTURWANDEL

LAUSITZER REVIER

HANDLUNGSHILFE

MITARBEITERZUKUNFTSGESPRÄCHE

Ein Instrument langfristiger Personalplanung - auch für Betriebsräte

VierNull

Seit 2024 erscheint mit VierNull ein neues Informationsblatt für das saarländische Revier. Regelmäßig, in einer Auflage von 2.500 Exemplaren, informiert es über die Entwicklungen im Strukturwandel und gibt Einblicke in die Arbeit der REVIERWENDE im Saarland. Adressiert werden Betriebsräte, Gewerkschaften, Beschäftigte, Bürger*innen sowie viele weitere Interessierte, die sich für die Zukunft ihrer Region engagieren.

Im Mittelpunkt stehen die Menschen vor Ort: Ihre Stimmen, Erwartungen und Ideen für ein lebenswertes Saarland in Zeiten des Wandels. Darüber hinaus bietet VierNull fundierte Informationen zu neuen Branchen, innovativen Projekten und entstehenden Arbeitsplätzen.

Ein besonderes Beispiel für den offenen Blick dieses Formats ist das Interview mit dem ehemaligen Bürgermeister aus Pittsburg, das in der ersten Ausgabe erschienen ist. Es zeigt, dass in diesem Projekt nicht nur lokal gedacht wird, sondern auch international über den Tellerrand hinaus. Erfahrungen aus anderen Regionen fließen mit ein, um nachhaltige Impulse für das saarländische Revier zu setzen.

Revierkurier

Zwischen 2022 und 2024 wurde der Revierkurier des Mitteldeutschen Reviers zweimal pro Jahr herausgegeben. Mit dieser Broschüre informierten die REVIERWENDE-Büros Pegau und Halle über alle wesentlichen Entwicklungen in Mitteldeutschland, die im Zusammenhang mit der Transformation stehen. Es sollte gezeigt werden, welche Menschen vor Ort hinter dem Strukturwandel stehen und sich dafür einsetzen, dass er gelingt. Im Revierkurier wurde nachgefragt, welche Erwartungen die Menschen haben, wie das Mitteldeutsche Revier lebenswert bleibt und was passieren muss, damit der Strukturwandel erfolgreich verläuft. Der Revierkurier stellte darüber hinaus umfangreiche Informationen zu Innovationen, neuen Branchen und neuen Arbeitsplätzen zur Verfügung.

Handlungshilfen und Handreichungen

Um die komplexen Zusammenhänge des Strukturwandels verständlich zu machen, hat das Lausitzer REVIERWENDE-Büro mit Unterstützung von PCG Project Consult GmbH und IMU-Institut Berlin GmbH eine Vielzahl von Arbeits- und Informationsmaterialien erstellt, etwa Handlungshilfen und Handreichungen mit grundlegenden und anwendungsbereiten Informationen zu aktuellen strukturpolitischen Entwicklungen, zu relevanten Themen des Handlungsrahmens Strukturwandel, Mitarbeiterzukunftsgesprächen, Gesundheitsprojekten der Lausitz, Förderrichtlinien und -programmen sowie konkreten Beteiligungsmöglichkeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten, aber auch zu kompakten Machbarkeitsstudien, neuen Ideen und Ansätzen (Geschäftsmodelle, Organisationsformen, Produkte und Prozesse).

Strukturwandel einfach erklärt ...

Duale Ausbildung in der „grünen Arbeitswelt“

Das Thema **Nachhaltigkeit** hat in Deutschland in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auch das Rheinische Revier, das traditionell stark von der Kohleindustrie geprägt war, befindet sich im Wandel hin zu einer nachhaltigeren und umweltfreundlicheren Wirtschaft.

In diesem Kontext entstehen immer mehr Berufe in der sogenannten **„grünen Arbeitswelt“**. Diese Berufe beschäftigen sich mit dem Schutz der Umwelt und der Nutzung erneuerbarer Energien. Es gibt zahlreiche gute Gründe, einen Ausbildungsberuf in diesem Bereich im Rheinischen Revier zu ergreifen.

Berufe in der grünen Arbeitswelt sind einerseits ein sehr wichtiger Bestandteil für die Zukunft der Region, andererseits sind sie aber auch für die jungen Menschen, die sie erlernen sehr **attraktiv**.

Die Nachfrage nach **Fachkräften** in der Umweltschutz- und erneuerbaren Energien ausbauen, wächst ständig. Viele junge Start-Ups, aber auch etablierte Unternehmen suchen nach Menschen, die ihnen helfen können, umweltfreundlicher zu arbeiten und den Strukturwandel aktiv mitzugestalten.

Sowohl im handwerklichen Bereich, aber auch bei Büroangestellten nimmt Nachhaltigkeit eine immer größere Rolle ein.

Es ist möglich, als Kaufmann/Frau für nachhaltige Entwicklung zu arbeiten und damit Unternehmen zu unterstützen, nachhaltige Praktiken in ihre Geschäftsmodelle zu integrieren.

Alternativ kann man Mechaniker*in für erneuerbare Energien werden und sich um die Installation und Wartung von Windkraftanlagen oder Solaranlagen kümmern.

Und als Umweltingenieur*in entwickelt man Nachhaltigkeitsstrategien für Unternehmen.

Aber auch Berufe im Bereich der Abfallwirtschaft sind wichtig für nachhaltiges Wirtschaften. Als Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft erlernt man Kenntnisse über die Wiederverwertung von Materialien und die umweltgerechte Entsorgung von Abfällen.

Diese Vielfalt bedeutet, dass für jede*r etwas dabei ist.

Industrieberuf Berufsfinder

Zusätzlich bieten viele Unternehmen in der grünen Arbeitswelt gute **Wendebildungsmöglichkeiten**. Nach dem Erlernen eines Ausbildungsberufs besteht die Möglichkeit, sich weiterzubilden und zu spezialisieren.

Dies bedeutet, dass ständig neue Fähigkeiten erlernt und die Karriere vorangetrieben werden kann. So bleibt der Beruf spannend und es kann sich ständig weiterentwickeln werden.

Darüber hinaus wächst die Nachfrage nach Expert*innen in der grünen Arbeitswelt schneller als das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften. Daher gibt es gute Chancen für junge Menschen, die in diesen Bereichen einsteigen wollen.

Impressum
Revierwende, Bismarck-Halle, 06844 Pegau
Katharina L. Hoff, Bismarck-Halle

Redaktion
Revierwende, Bismarck-Halle, 06844 Pegau
Katharina L. Hoff, Bismarck-Halle

Projekt Revierwende-Bildung
Revierwende, Bismarck-Halle, 06844 Pegau
Katharina L. Hoff, Bismarck-Halle

Strukturwandel einfach erklärt

Um den Strukturwandel für alle unkompliziert zugänglich zu machen, wurde vom REVIERWENDE-Büro im Rheinischen Revier/Ruhrgebiet ein eigenes Format für die Themen des Strukturwandels entwickelt: die Reihe „Strukturwandel einfach erklärt“. Mit diesem Format kann ein breiter Verteilerkreis regelmäßig mit Informationen über den aktuellen Stand des Strukturwandels versorgt werden. Das passiert in einfacher Sprache und auf einer DIN-A4-Seite. Übersichtlich zusammengefasst und die Perspektive der Arbeitnehmer*innen berücksichtigend, lassen sich so schnell relevante Informationen zu aktuellen Themen des Strukturwandels gewinnen. Bisher wurden 26 Ausgaben veröffentlicht, um den Arbeitnehmenden komplexe Begriffe im Strukturwandel mit einfachen Worten zu erklären.

BILANZ UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN**Gute Arbeit****Gute Arbeit fördern und im Monitoring erfassen**

Ein zentrales Ziel im Strukturwandel ist und bleibt der Erhalt und die Schaffung guter, mitbestimmter und tarifgebundener Arbeitsplätze. Das Monitoring zum Strukturwandel muss gewerkschaftliche Kriterien zur Entwicklung und Qualität dieser Arbeitsplätze erfassen.



In der Braunkohleindustrie in Deutschland lag die unmittelbare Beschäftigung Ende 2023 bei rund 17.200 Arbeitnehmenden (davon ca. 7.500 im Rheinland, 1.700 in Mitteldeutschland und 7.800 in der Lausitz). Sie haben die Beschäftigungsstruktur der Regionen über Jahrzehnte entscheidend geprägt. Hier gibt es Arbeitsplätze, die qualitativ hochwertig, tariflich abgesichert und durch die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit geprägt sind. Mit der Beendigung der Kohleverstromung werden diese Arbeitsplätze wegfallen oder transformiert.

Im Abschlussbericht der Kohlekommission wurde Anfang 2019 festgelegt, dass den Beschäftigten im Tagebau und in den Braun- und Steinkohlekraftwerken neue berufliche Perspektiven eröffnet werden müssen. Hierzu sind verbindliche tarifliche Regelungen zwischen den Sozialpartnern zu treffen, zum Beispiel zur Sicherung einer qualifizierten Arbeit durch Vermittlung in neue Tätigkeiten, zur Aus- und Weiterbildung oder zu einem früheren Eintritt in den Ruhestand der durch die Auszahlung vom Anpassungsgeld Braunkohle begleitet wird. Denn der Strukturwandel muss auch entlang der Wertschöpfungskette durch starke Mitbestimmungsstrukturen und gute Tarifverträge geprägt sein.

Gute Ersatzarbeitsplätze, ob in bestehenden Branchen oder neuen Industrien, sind die „harte Währung“ des Strukturwandels.

In den Evaluierungsberichten haben die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) beauftragten Forschungsinstitute die Wirkung des StStG unter den Aspekten Wertschöpfung, Arbeitsmarkteffekte und kommunales Steueraufkommen untersucht. Dies bietet die Möglichkeit, die Strukturförderung auf ihr Ziel, neue Wertschöpfung und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, zu untersuchen und wenn nötig nachzusteuern. Das Ergebnis der ersten beiden Evaluierungen lautet, dass der befürchtete Abbau von Beschäftigung nicht stattfand. Die Forscher*innen legten dar, dass die Wirkungen der Maßnahmen und Strukturwandelprojekte in dem frühen Stadium noch nicht erfasst werden können.

Aktuell lassen sich keine Aussagen über die Wirkung der Strukturwandelmaßnahmen auf die Entstehung tarifgebundener und mitbestimmter Arbeitsplätze treffen. In der Evaluierung der Bundesregierung werden Kriterien Guter Arbeit wie Tarifbindung nicht berücksichtigt, da dies (noch) nicht beauftragt wurde – obwohl die Kohlekommission den Aufbau neuer Beschäftigung und neuer

Wertschöpfung in den Regionen als gleichwertigen Ersatz für wegfallende Arbeitsplätze als relevantes Kriterium adressiert hat und genau das untersucht werden sollte.

Ein Monitoring zu Kriterien Guter Arbeit ist in den kommenden Evaluierungen unerlässlich, weil die Menschen, insbesondere die Beschäftigten in der Braunkohleindustrie, spüren müssen, „dass es mit den Kompensationsmaßnahmen im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen gerecht zugeht, ihnen das Förderprogramm wirklich hilft und sich Chancen für einen Wandel eröffnen“.¹ Bei der Evaluierung müssen alle in den Revieren entstandenen Arbeitsplätze und deren Bedingungen erfasst werden. Das ist für die Akzeptanz in der Bevölkerung ein entscheidendes Kriterium. Bisher ist aus der Evaluierung nicht abzuleiten, wie viele Arbeitsplätze in den Kohleregionen entstanden sind und ob bzw. wie die Beschäftigten aus den kohleverstromenden Unternehmen und deren Dienstleister in neue Sektoren übergetreten sind.

Umso wichtiger erscheint es, den Förderprozess, die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen und die tatsächlichen Wirkungen der Programme klar und transparent zu benennen und realistische Erwartungen zu wecken. Entscheidend ist auch, dass „die (Zwischen)Ergebnisse der begleitenden wissenschaftlichen Evaluierung und die zugrundeliegenden Daten zeitnah veröffentlicht werden“.²

In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage heißt es, dass die Indikatoren zu Tarifbindung und Mitbestimmung ein „Bestandteil vertiefter anderweitiger Arbeitsmarktevaluierungen sein“ können.³ Hier besteht Handlungsbedarf! Es ist nicht die Aufgabe anderweitiger Evaluierungen, sondern liegt im Handlungsauftrag der Bundesregierung und muss deshalb originärer Bestandteil des Monitorings werden.

Der Bund muss in seinem Monitoring zur Strukturentwicklung auch erfassen, wie viele Arbeitsplätze durch Strukturfördermittel entstanden sind und evaluieren, inwiefern Kriterien von Guter Arbeit erfüllt werden. Der von den DGB-Bezirken Berlin-Brandenburg und Sachsen entwickelte Kriterienkatalog kann bei der Bewertung von Projekten der Strukturförderung einfließen. Im Zentrum dieser Kriterien steht vor allem das gewerkschaftliche Verständnis von Guter Arbeit.⁴

1 Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 2023, S. 13.

2 Ebd.

3 Deutscher Bundestag 2024.

4 DGB 2025.

BILANZ UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN



Sozialpartner in das Bund-Länder-Koordinierungsgremium einbeziehen

In Anlehnung an die einzigartige Besetzung der Kohlekommission sind im Bund-Länder-Koordinierungsgremium die Sozialpartner verbindlich zu beteiligen.

Damit es eine Strategie für den Ausstieg aus der Kohleverstromung gibt, die im Einklang mit den deutschen Klimaschutzzielen steht und gleichzeitig Maßnahmen definiert, die den betroffenen Kohleregionen und Beschäftigten faire Zukunftsaussichten eröffnen, rief die Bundesregierung die Kohlekommission ins Leben. Der Kommission gelang es, in rund einem halben Jahr Empfehlungen für den Ausstieg aus der Kohleverstromung vorzulegen.

Die Kommission einigte sich auf ein geordnetes Auslaufen der Kohleverstromung und schlug Maßnahmen vor, um die Beschäftigten in der Kohleverstromung vor sozialen Härten zu schützen, etwa durch ein staatliches Anpassungsgeld und die Vermittlung in neue Jobs. Gleichzeitig empfahl der Bericht ein Ausbauprogramm für Erneuerbare Energien und Energiespeicher zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit.

Die Tätigkeit der Kohlekommission endete mit der Übergabe des Abschlussberichts an die Bundesregierung im Januar 2019. Der Bericht beinhaltet, dass die Fortschritte im Strukturwandel regelmäßig durch ein unabhängiges Expert*innengremium zu überprüfen und zu bewerten sind. Wenn diese Überprüfungen in den Jahren 2023, 2026 und 2029 zeigen, dass die Kriterien Wertschöpfung, Beschäftigung, Strukturentwicklung, Energiemarkt und Strompreise für die Industrie, Netze, Speicher, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Nachsorge der Tagebaue nicht erfüllt sind, müsse die Bundesregierung schnellstmöglich entsprechende Schritte in die Wege leiten.⁵

Im Sinne der Empfehlung der Kommission berief die Bundesregierung das Bund-Länder-Koordinierungsgremium (BLKG) ein. Das BLKG ist besetzt mit Vertreter*innen aus den Ministerien der Bundesregierung, zum Beispiel dem BMWK, und den Regierungen von Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen

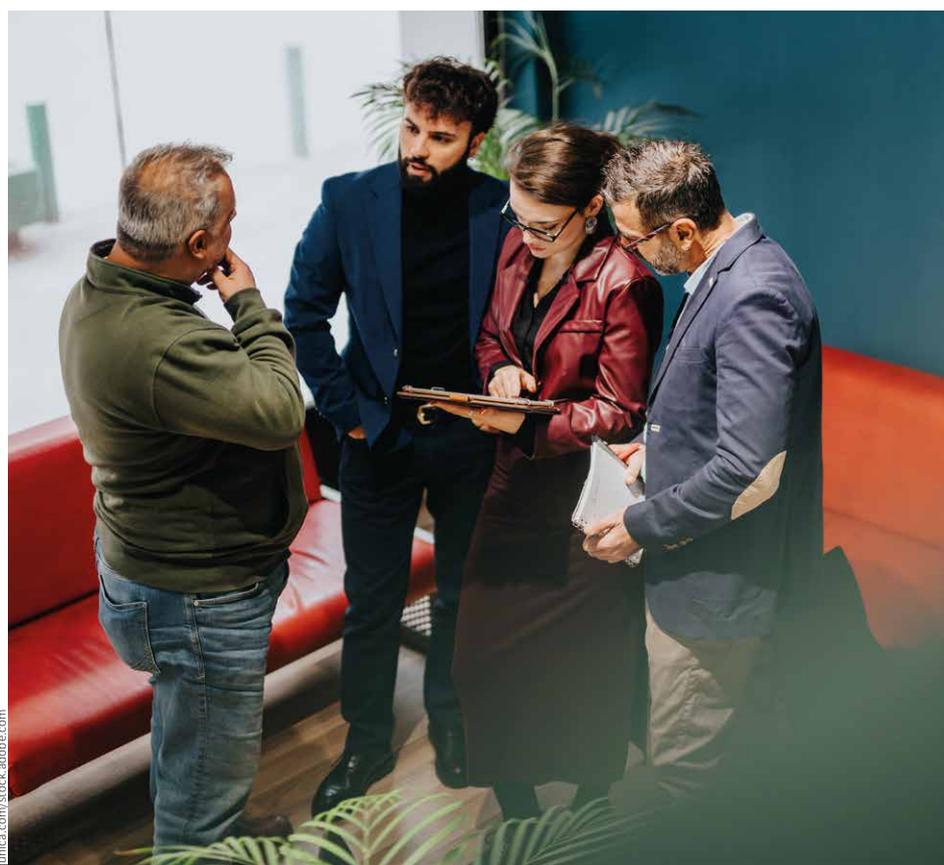
und Sachsen-Anhalt. Es begleitet und unterstützt bei der Durchführung und Umsetzung der Maßnahmen, stellt den Projektfluss sicher und prüft die Umsetzung entsprechend der Leitbilder. Außerdem spricht das BLKG bei Bedarf Empfehlungen aus, wenn Anpassungsbedarfe vorliegen. Sozialpartner können laut InvKG und Bund-Länder-Vereinbarung sowie der Geschäftsordnung des BLKG „bei Bedarf beratend“ hinzugezogen werden (vgl. § 25 Absatz 2 InvKG, § 18 Bund-Länder-Vereinbarung und § 1 Absatz 3 der Geschäftsordnung).

Anders als die in den Braunkohleländern eingerichteten Revier- oder Begleitausschüsse, die mit Vertreter*innen der Länder, Kom-

munen und regionalen Stakeholdern breit besetzt sind, hat das BLKG die Sozialpartner bisher nicht an den Sitzungen des Gremiums beteiligt. Angesichts des voranschreitenden Vertrauensverlustes in die Demokratie ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens im Strukturwandelprozess jedoch von hoher Bedeutung. Dazu gehört die Beteiligung und Einbindung von Gewerkschaften, Verbänden und Zivilgesellschaft, wie es die Kohlekommission vorgemacht hat. Denn klar ist: der Strukturwandel wird die Regionen, die Akteure, die Partner im Strukturwandel und vor allem die Beschäftigten und Menschen in den Kohleregionen die nächsten Jahre begleiten.

Hoffnungsvoll stimmt, dass die Bundesregierung sich in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Jahr 2024 klar dazu bekannt hat, sich dafür einzusetzen, die Sozialpartner in nächster Zeit zu einem Treffen mit Bund und Ländern auf Arbeitsebene einzuladen.⁶ Dieses Bekenntnis muss verbindlich umgesetzt werden – auch unter der neuen Bundesregierung. Die Sozialpartner müssen künftig im BLKG mit beratender Stimme beteiligt werden.

⁶ Deutscher Bundestag 2024.



BILANZ UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Beschäftigte frühzeitig und bedarfsorientiert qualifizieren

Aufgrund des gewachsenen Transformationsdrucks müssen Beschäftigte in den vom Kohleausstieg direkt und indirekt betroffenen Unternehmen frühzeitig und bedarfsorientiert qualifiziert werden, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Der Handlungsdruck zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen steigt, weil der geplante Ausstiegsprozess voranschreitet. Gleichzeitig heizt der internationale Wettbewerb um günstige Energie zusätzlich den Transformationsdruck auf die Braunkohleerzeuger und -verstromungsunternehmen an. Die Herausforderung in den Revieren besteht nun darin, Beschäftigte in den vom Kohleausstieg direkt und indirekt betroffenen Unternehmen in neue Arbeitsverhältnisse zu vermitteln und zu qualifizieren.

Die Einspeisung von preiswertem Strom aus Anlagen für Erneuerbare Energien drängt Kohlekraftwerke immer häufiger aus dem Markt.⁷ Hinzu kommt die sukzessive Schließung von Kohlekraftwerken in Deutschland. Die durch Kohle erzeugte Strommenge sank von 116 Terrawattstunden (2022) auf 79 Terrawattstunden (2024). Bundesweit gerät der Abbau von Kohle ins Stocken und die Absatzzahlen sinken.⁸ Mit den steigenden Preisen auf CO₂ kommt eine zusätzliche Belastung hinzu.

Bisher schlägt sich die geringere Abbaumenge und Stromerzeugung nicht signifikant in sinkenden Beschäftigtenzahlen nieder. Ob das so bleiben wird, ist fraglich. Die Unternehmen und Beschäftigten im Rheinischen Revier stehen mit Blick auf die Entscheidung, den Kohleausstieg um acht Jahre auf 2030 vorzuziehen, besonders unter Druck: Die Landesregierung ist derzeit noch weit entfernt vom eigenen Anspruch, 27.000 neue hochwertige Arbeitsplätze bis 2030 zu schaffen. Zudem gibt es im Rheinischen Revier ab 2030 in der Kohleverstromung keine direkte Beschäftigung und keine Wertschöpfung mehr.

Aus diesem Grund passte die RWE Power AG die Qualifizierungsmaßnahmen für die betroffenen Beschäftigten, die im „Tarifvertrag-Kohleausstieg“ zugesichert worden war an die neuen Zeitpläne an. Die MIBRAG und

die LEAG haben zur personellen Abfederung ebenfalls Rahmenvereinbarungen getroffen. Beschäftigte der LEAG, die ihren Arbeitsplatz kohleausstiegsbedingt verlieren, beziehen staatliches Anpassungsgeld ab dem 58. Lebensjahr. Beschäftigte über 53 Jahre erhalten Förderung in Form von Qualifizierungs- und Vermittlungsprogrammen.⁹

Darüber hinaus müssen weitere Instrumente einer Qualifizierung „vom Job in den Job“ als zukunftsfähige Lösung entwickelt werden, die insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen in der Transformation unterstützen, und in den Regionen bekannt gemacht werden. Um die Wirksamkeit und Akzeptanz dieser Ansätze zu erhöhen, sollten diese Qualifizierungsmaßnahmen vorausschauend erfolgen, also bereits dann, wenn die Menschen sich noch im Job befinden. Zum Beispiel bei Kooperationen zwischen abgebenden und aufnehmenden Betrieben, auf Revier-Job-Plattformen oder in regionalen Transfergesellschaften. Die Bundesagentur für Arbeit setzt in der Transformation zunehmend auf sogenannte Arbeitsmarktdrehscheiben, um Beschäftigte, die von Entlassungen betroffen sind, direkt und präventiv in neue Arbeitsverhältnisse zu vermitteln und so strukturwandelbedingte Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

In einem von der Ampelregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Arbeit auf Probe sollen Menschen eine rechtssichere Möglichkeit zur probeweisen Beschäftigung für vier Wochen noch vor einem Arbeitsplatzwechsel bekommen. Ob die neue Regierung das Gesetz beschließt, ist noch unklar.¹⁰ Bei all diesen Instrumenten ist entscheidend, dass sich alle relevanten regionalen Akteure frühzeitig vernetzen und gemeinsam an der Ausgestaltung der Instrumente arbeiten.¹¹

Gleichzeitig braucht es für bereits existierende Förderinstrumente der Agentur für Arbeit wie das Qualifizierungsgeld (§ 82a SGB III), die abschlussorientierte Weiterbildung bei fehlendem Berufsabschluss (§ 81 Abs. 2 SGB III) und sonstige Weiterbildungsmöglichkeiten eine gute Übersichtlichkeit und Transparenz. REVIERWENDE hat in den Regionen die Erfahrung gemacht, dass die Instrumente und Förderprogramme oft unbekannt sind. Für übersichtliche Informationen arbeitsmarktpolitischer Instrumente und Qualifizierungsmöglichkeiten besteht in den Regionen ein großer Bedarf. Wichtig ist, die einzelbetriebliche Ebene mit der regionalen Ebene und ihren heterogenen Institutionen wie Sozialpartnern, Bildungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit, Verwaltungsausschüssen, Jobcenter, Forschung und anderen Projekten miteinander zu vernetzen. Positiv ist, dass in den Kohlerevieren bereits Institutionen und Plattformen gegründet worden sind, um Akteure zum Thema Weiterbildung miteinander in Kontakt zu bringen. Unter anderem richtete das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Netzbüros ein, um ein auf die Bedarfe im Revier abgestimmtes Bildungsmanagement auf regionaler Ebene aufzubauen. Andere Beispiele sind das länderübergreifende Fachnetzwerk „Fachkräfte“, gegründet von der Strukturentwicklungsgesellschaft (SAS) und der Wirtschaftsregion Lausitz (WRL). Nordrhein-Westfalen richtete das Förderprogramm „Zukunftsgutscheine“ ein, mit denen sich kleine und mittlere Unternehmen Maßnahmen zur Personalgewinnung sowie -qualifizierung in der Transformation kofinanzieren lassen können.¹² Im Rahmen des Bundesprogramms „Aufbau von Weiterbildungsverbänden“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) wurde zum Beispiel im Saarland ein Weiterbildungsverbund (WBV) gegründet. Die REVIERWENDE-Büros Pegau und Halle gaben in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Zentrum IMW und dem mitteldeutschen Wasserstoffnetzwerk HYPOS eine Studie zur Ermittlung des Qualifikationsbedarfs in den Unternehmen der Wertschöpfungskette „Wasserstoff“ im Mitteldeutschen Revier. Mit den Ergebnissen der Studie soll ein Beitrag zu Fachkräftesicherung für den Energie-, Industrie- und insbesondere Wasserstoffstandort Mitteldeutschland geleistet werden.¹³

7 Agora Energiewende 2025.

8 Ebd.

9 Lausitzer Rundschau 2024.

10 Auch für dieses Instrument ist wichtig, dass es die Positionen der Gewerkschaften im Betrieb nicht schwächt, weil es Arbeitgeber*innen kurzfristigen Personalabbau ermöglichen könnte.

11 Beispielgebend ist der Transformationsrat.

12 Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH 2025.

13 HYPOS 2024.

BILANZ UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Zukunftsbranchen



Regionale Strukturförderung neu ausrichten und strategisch fokussieren

Angesichts der geringen verbleibenden Mittel aus dem InvKG braucht es eine strategische Fokussierung zur Verteilung dieser Gelder auf regionale Schwerpunktprojekte.

Seit Inkrafttreten des StStG im Jahr 2020 wurde in den Revieren eine Vielzahl von Projekten initiiert, darunter wirtschaftsnaher Infrastruktur, Mobilität, Forschung und Entwicklung, Klima- und Umweltschutz, Daseinsvorsorge und touristische Infrastruktur. Für die Ebene der Kohleländer stehen bis zu 14 Milliarden Euro an Finanzhilfen zur Verfügung, von denen bisher 6,74 Milliarden Euro verplant sind. Von den Bundesmaßnahmen sind bereits 19,84 Milliarden Euro von 26 Milliarden Euro bewilligt.¹⁴ Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die Budgetauslastung aller Reviere nur noch begrenzt Spielräume für zusätzliche Vorhaben zulässt. Der erste Evaluierungsbericht stellt bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung des InvKG fest, dass es „durch die starken Preis- und damit Kostensteigerungen zu einem höheren Auswahldruck für die zu fördernden Projekte kommt“. Dass sich alle geplanten Projekte finanzieren lassen, sei unwahrscheinlich.

Angesichts der knapper werdenden Strukturwandelmittel stellt sich die Frage: Wie verwenden die Reviere die verbleibenden Gelder unter neuen wirtschaftlichen, infrastrukturellen und demografischen Voraussetzungen in den Revieren fünf Jahre nach Start des StStG. Ein Ansatz liegt in der Strukturförderung regionaler Schwerpunktprojekte.

Im weiteren Verfahren müssen die Fördermittel gezielt für eine strategische Standort- und Arbeitsplatzpolitik eingesetzt werden, die an bestehende industrielle Kerne und Infrastruktur anknüpft. Eine Orientierung kann der Prozess zum Net Zero Valley in der Lausitz bieten. Damit soll an den bereits existierenden Wertschöpfungsketten sowie regionale Besonderheiten (Identität, Historie etc.) bei Landes- und Bundesprojekten angeknüpft werden. Für eine qualitativ-strategische Projektauswahl muss die Transformation von Arbeitsplätzen in tarifizierte und mitbestimmte

Arbeitsverhältnisse sowie die Ausbildung und Entwicklung von Berufsperspektiven mitgedacht werden. Das ist insbesondere dafür relevant, das vorhandene Fachkräftepotenzial zu heben. In dem Zusammenhang empfehlen die Autor*innen des zweiten Evaluierungsberichts, dass bei künftigen Maßnahmen des InvKG ein stärkeres Gewicht auf Aspekte wie schulische Ausbildung, die Erschließung breiterer Arbeitsmarktpotenziale und Migration von ausländischen Fachkräften gelegt werden sollen.¹⁵

Um Menschen vom Bleiben und Zuwandern in die Reviere zu überzeugen, braucht es neben guten Arbeitsplätzen außerdem Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Umfeld neuer Ansiedlungsschwerpunkte von Wirtschaft, Behörden und Wissenschaft.

Sinnvoll ist, nationale und europäische Fördermittel miteinander zu verzahnen, um Synergien herzustellen. Eine Voraussetzung dafür ist, dass Informationen, welche Fördermittel aus welchen Programmen einer Region zur Verfügung stehen, leicht zugänglich zu finden sind. „Regionale Beratungs- und Begleitstrukturen wie Transformationsräte oder -agenturen können eine wichtige Unterstützungsfunktion für Unternehmen und Beschäftigte übernehmen.“¹⁶

Positiv ist, dass die Bundesregierung auf die Anregungen¹⁷ reagiert und die STARK-Richtlinie für investive Maßnahmen zur direkten Unternehmensförderung geöffnet hat. Sie hat die Förderquote auf 100 Prozent in den Bereichen Qualifikation, Aus- und Weiterbildung, Stärkung unternehmerischen Handelns und Innovation erhöht. Durch das Paket sollen in den Braunkohleregionen Investitionen unter anderem in innovative Transformationstechnologien angestoßen werden. Außerdem reagierte der Bund auf Empfehlungen, die starren Förderperioden flexibler zu gestalten. Mittel, die innerhalb einer Förderperiode bewilligt wurden, können nun noch bis zu drei Jahre nach Ende einer Förderperiode verausgabt werden. Damit wurde eine Empfehlung aus der begleitenden Evaluierung des InvKG umgesetzt.

¹⁶ DGB 2024.

¹⁷ Zum Beispiel: Revierwende 2024, SPD 2023.

¹⁵ Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 2025.



BILANZ UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Infrastrukturmaßnahmen beschleunigen und Ansiedlungen anreizen

Die Planung und Umsetzung der (Energie-)Infrastruktur müssen beschleunigt und Ansiedlungen durch kluges Flächenmanagement angereizt werden.

Für den beschleunigten Umbau der Braunkohlereviere braucht es den schnelleren Ausbau von Stromnetzinfrastruktur, Wasserstoffpipelines, Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen, Biogasanlagen, Speicherkapazitäten, Schienen- und anderer Verkehrsinfrastruktur sowie von wasserstofffähigen Gaskraftwerken an den Standorten der Kohlekraftwerke.

Deshalb ist der Ausbau von klimafreundlichen und klimaneutralen Reservekraftwerken, einschließlich der Leitungsnetze, sowie der Erneuerbaren Energien dringend erforderlich. Ein schneller Hochlauf und der weitere Ausbau dieser Technologien werden nur dann gelingen, wenn ein verbindlicher, klarer und realistischer Plan allen Beteiligten Planungssicherheit gibt und Investitionssignale nach außen gegeben werden können.

Die Verschiebung des Genehmigungsverfahrens von Gaskraftwerken stimmt bedenklich. Geplant war im Sommer 2024, kurzfristig neue Kapazitäten von bis zu viermal 2,5 Gigawatt als H₂-ready-Gaskraftwerke auszuschreiben.¹⁸ Die neuen Kraftwerke sollen zunächst mit Erdgas und später mit allen Wasserstofffarben – möglichst mit grünem Wasserstoff – betrieben werden können. Etwa ab 2035 sollen sie vollständig auf Wasserstoff umgestellt werden. Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl und Neuaufstellung der Bundesregierung verzögert sich die geplante Kraftwerksstrategie weiter. Den Beschäftigten in den Kraftwerken rennt die Zeit davon.¹⁹ Sie brauchen verlässliche Zukunftsaussichten. Es bedarf umgehend rechtlicher Klarheit darüber, welche Anlagen an welchem Ort nach dem Kraftwerkssicherheitsgesetz förderfähig sind.

Um die Regionen zu innovativen Modellregionen zu entwickeln, ist zudem eine Beschleunigung der Gesetzgebung für den Wasserstoffausbau notwendig.

Im Oktober 2024 wurde das Wasserstoff-Kernnetz genehmigt.²⁰ Das betrifft Maßnahmen mit einer Leitungslänge von 9.040 Kilometern. Zu 60 Prozent handelt es sich um eine Umwidmung bestehender Erdgasleitungen. Bis 2032 sollen diese zur Wasserstoffversorgung von Kraftwerken und Industrie installiert werden. Für alle Reviere ist Wasserstoff eine wichtige Energiequelle, um kohle-basierte Produktionsverfahren klimaneutral umzustellen. Unter anderem sollen ab 2027 und 2028 mit den neuen Anlagen der saarländischen Stahlindustrie rund 3,5 Millionen Tonnen grüner Stahl erzeugt werden und so die CO₂-Emissionen um 55 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden.²¹

Zentral für den realen Hochlauf wird jedoch neben der rechtzeitigen und ausreichenden Bereitstellung des Wasserstoffs die Nachfrage sein. Positiv ist das von der Bundesregierung verabschiedete Wasserstoffbeschleunigungsgesetz zu bewerten, das den rechtlichen Rahmen für den schnellen Auf- und Ausbau der Erzeugungs- und Versorgungskapazitäten setzt.²² Ziel ist es, den Markthochlauf von Wasserstoff bis 2030 erheblich zu beschleunigen.

Zudem ist eine schnellere Umsetzung der Verkehrsinfrastrukturprojekte des InvKG unabdingbar. In den Revieren drängt die Bevölkerung darauf, die Schienenprojekte des InvKG zu realisieren. Eine nachhaltige Verkehrswende und die bessere Verbindung der Metropolen werden als unverzichtbar für eine positive Entwicklung im ländlichen Raum gesehen. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist ein Standortfaktor zur Stärkung aller Regionen.²³ Sie senkt die Transportkosten und ist damit entscheidend für die regionale wirtschaftliche Entwicklung.

Dazu trägt das Genehmigungsbeschleunigungsgesetz bei.²⁴ Für besonders wichtige Schienenprojekte werden ein überragendes öffentliches Interesse sowie einfachere Regeln beim Artenschutz festgeschrieben. Dadurch können langwierige und komplizierte Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau wichtiger Schienenstrecken und Straßenprojekte einfacher und schneller umgesetzt werden. Positiv ist zudem, dass 2024 die vom BLKG beschlossenen Schienenvorhaben mit den konkreten Planungen gestartet sind.²⁵

Beim Schienenausbau in den Kohleregionen ist der letzten Meile eine besondere Aufmerksamkeit beizumessen. Um die Attraktivität der Regionen zu erhöhen, müssen bedarfsorientierte Lösungen wie eine ausgebauten Businfrastruktur für gute Erreichbarkeit der Zielorte sorgen.

Eine klare Fokussierung auf neue Gewerbe- und Industrieflächen ist nötig. Um noch zügiger Rahmenbedingungen für Ansiedlungserfolge im Sinne von Neu- und Ersatzarbeitsplätzen zu schaffen, darf nicht allein auf die Sanierung und Flächenbereitstellung der Kraftwerksstandorte gewartet werden. Ein weiterer Faktor zum Gelingen liegt in einer intensiveren interkommunalen Zusammenarbeit: Mit einer effizienteren Raumplanung sollten Projekte realisiert werden, die Synergieeffekte für die ganze Region freisetzen. Flächenpoolösungen müssen ermöglicht werden.

Helfen kann dabei das Brownfield Identifikationskataster.²⁶ Diese KI-gestützte Kartierung von Brachflächen in Deutschland erfasst brachliegende Flächen mithilfe von Künstlicher Intelligenz. 40.000 Flächen ab 2.000 Quadratmetern konnten bisher damit identifiziert werden.

Eine konsequent angebotsorientierte Flächenentwicklung sollte im Fokus stehen. Eine vernetzte Regionalplanung ist bislang zu wenig etabliert, was zu Fehlanreizen führen und nachhaltige Wertschöpfung gefährden kann. Die Entwicklung von Gewerbegebieten zur Ansiedlung neuer Unternehmen dauert bis zu zehn Jahre. Das ist unter den neuen Voraussetzungen viel zu lang. Eine Bereitstellung, insbesondere von industriell nutzbaren Flächen, ist kurzfristig notwendig. Dabei kann die Etablierung von Sonderplanungszonen und -flächen erforderlich werden, wie es etwa für die geplanten Net Zero Valleys der EU vorgesehen ist.²⁷

20 BMWK 2024a.

21 Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie im Saarland 2024.

22 Bundesregierung 2024b.

23 BMWK 2024b.

24 Bundesregierung 2024c.

25 BMWK 2024b.

26 Fraunhofer IIS 2024.

27 Europäische Kommission 2025b.

18 Bundesregierung 2024d.

19 DGB Sachsen 2024.

BILANZ UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN



Forschung und Entwicklung an regionalen Arbeitsmarkt anbinden

Forschung und Entwicklung in den Revieren müssen an regionalen Wertschöpfungsketten anknüpfen und dabei mit den regionalen Arbeitsmarktakteuren, insbesondere den Sozialpartnern, dafür sorgen, dass innovative und zukunftsfeste Arbeitsplätze entstehen.

Die Erfahrung aus früheren Strukturwandelprozessen, zum Beispiel im Ruhrgebiet, zeigt, dass für einen wissensbasierten Wandel Forschung und regional bereits existierende industrielle Produktion zusammengebracht werden müssen. Auch die Kohlekommission war davon überzeugt, dass der Wissenschaftssektor eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Kohleregionen spielt, weil Wissenschaft die Grundlage für Innovationen, Wertschöpfung und die Sicherung von Fachkräften ist. Gleichzeitig ist Spitzenforschung kein Selbstzweck: Vordringliches Ziel muss es sein, die qualifizierten Beschäftigten in Guter Arbeit zu halten und zu bringen und für die junge Generation gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Innovationsfähigkeit in den Revieren wird wesentlich durch die Universitäten und Forschungseinrichtungen in den Revieren sowie die Unternehmen bestimmt. Hierzu sind, wie in der Studie des Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (IWH) von 2018 empfohlen, Instrumente zur Steigerung der Innovationsfähigkeit und für den Wissenstransfer nötig.²⁸

Der Ausbau der Forschungsinfrastruktur an lokalen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen kann neben der Erhöhung des Innovationspotenzials in den Revieren auch dazu dienen, Mittelzentren zu stärken, die in dünnbesiedelten Regionen eine wichtige Ankerfunktion für die wirtschaftliche und demografische Entwicklung übernehmen können. Forschung ist insbesondere für die ostdeutschen Braunkohlereviere wichtig, weil es in Ostdeutschland nach wie vor an Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in den Unternehmen fehlt und sie somit in vielen Landstrichen als verlängerte Werkbänke dienen. Der Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Lausitzer und im Mitteldeut-

schen Revier beträgt nur 0,33 Prozent. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 1,32 Prozent.²⁹

In den Revieren gibt es bereits eine ganze Reihe von guten Beispielen: In den beiden ostdeutschen Kohlerevieren fördern Bund und Länder aus Strukturwandelgeldern zwei Großforschungszentren mit je 1,1 Milliarden Euro bis 2038. Im Mitteldeutschen Revier handelt es sich um das Center for the Transformation of Chemistry (CTC). Durch die anwendungsorientierte Forschung zur Transformation der chemischen Industrie hin zur Kreislaufwirtschaft sollen länderübergreifend am sächsischen Standort in Delitzsch rund 700 Arbeitsplätze und am sachsen-anhaltischen Standort in Merseburg rund 300 Arbeitsplätze entstehen. Im Lausitzer Revier ist das Deutsche Zentrum für Astrophysik (DZA) erfolgreich an den Start gegangen. Es verbindet astrophysikalische und astronomische Forschung mit Technologieentwicklung. Zudem soll mit der Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem in Cottbus eine Gesundheitsmodellregion geschaffen werden, die ein Medizinstudium in der Lausitz ermöglicht und zukunftsweisende Gesundheitssystemforschung fördert. Die medizinische Daseinsvorsorge wird damit gestärkt. Dabei sollen über 1.000 neue Arbeitsplätze und 80 Professuren entstehen. Im Rheinischen Revier wird das interkommunale Gewerbegebiet Brainergy Park Jülich erschlossen, das sich den Themen Neue Energien und Energiewende widmet. Herzstück des Parks wird der auf einer Fläche von 9.700 Quadratmetern anzusiedelnde Brainergy Hub sein, ein Innovations- und Gründerzentrum, in dem Gründerteams und Unternehmen der Energiebranche beste Voraussetzung für Forschung und Entwicklung vorfinden. Circa 4.000 Arbeitsplätze werden mit der aktuellen Fläche antizipiert. Im Saarland wächst das Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland

(HIPS) auf über 330 Forschende und soll mit einem Forschungsbau erweitert werden.³⁰ Finanziert wird die bauliche Erweiterung durch Mittel in Höhe von 55,7 Millionen Euro von Bund und Land. Die Chance liegt darin, Wirkstoffe mit einem ähnlichen Erfolg wie in Mainz mit BioNTech zu erzielen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit den zahlreichen wissenschaftsnahen Forschungsprojekten müssen Spillover-Effekte auch im Revier entstehen. Es darf nicht passieren, dass Forschungsvorhaben und -infrastruktur für die Region finanziert werden, die Erfolge der Arbeit und der Mehrwert der betrieblichen Anwendung dann aber anderswo zum Tragen kommen.³¹ Die Forschungsprojekte müssen daher in der Praxis beweisen, dass sie zur regionalen Wertschöpfung beitragen, die Menschen vor Ort mitnehmen und Perspektiven eröffnen. Genauer gesagt, muss der Nutzen in den Kohleregionen rund um die Tagebaue und Kraftwerke sichtbar werden. Denn dort treten die direkten Folgen für die Beschäftigten auf, wenn die Braunkohleverstromung endet. Für erfolgreiche Forschungsvorhaben und eine Anknüpfung an regionale Wertschöpfungsketten und Bestandsindustrieunternehmen ist daher eine intensive Zusammenarbeit mit den regionalen Multiplikatoren, insbesondere den Sozialpartnern, unerlässlich. Dafür müssen die Vorhaben an bestehende Ansätze in den Revieren anknüpfen. Aus Sicht der Gewerkschaften gelten Tarifbindung und Mitbestimmung als Voraussetzung für die Umsetzung der Vorhaben und des Einsatzes von Fördermitteln.

28 Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 2023, S. 56.

29 BMWi 2019.

30 Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH 2024.
31 DGB NRW 2023.

Beteiligung



Gesellschaftliche Akzeptanz durch Transparenz und Beteiligung fördern

Sowohl die Hürden als auch die Erfolge des Strukturwandels müssen in den Regionen für Bürger*innen sicht- und anfassbar gemacht werden. Die Menschen vor Ort müssen für gesellschaftliche Akzeptanz und demokratische Teilhabe eingebunden werden.

Nach wie vor sehen viele Menschen eher die Nachteile der aktuellen Transformation und befürchten, nach dem Kohleausstieg keinen passenden Job in der Region mehr zu finden. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern sind die negativen Erfahrungen des Strukturbruchs der 1990er Jahre immer noch tief verankert. In Mitteldeutschland und in der Lausitz verringerte sich die Zahl der direkt Beschäftigten im Bergbau zwischen 1989 und 1995 um 89 bzw. 76 Prozent.³² Ein Großteil der Betroffenen hat die Brüche in ihren Erwerbsbiografien nicht bewältigt. Diese leben im „sozialen Gedächtnis dieser Regionen“ fort.³³

Die Ängste führen zu einer verstärkten Zuwendung zu antidemokratischen, rechtsextremistischen Parteien oder Angeboten und schwächen die Demokratie. Der durch die Dekarbonisierung hervorgerufene Transformationsstress steigert das Konfliktpotenzial und kann zur Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen, soziale und politische Spannungen befördern und sich in entsprechenden Wahlergebnissen niederschlagen.³⁴ Für die Bewältigung des Strukturwandels braucht es gesellschaftliche Akzeptanz, deren Relevanz auch die Kohlekommission in ihrem Bericht unterstreicht. Für einen langfristig gelingenden Strukturwandel in den Revieren ist auch die Mitwirkung und die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung und zivilgesellschaftlicher Gruppen wie Vereine oder Initiativen nötig.

Der Strukturwandel muss nah an den Menschen sein.

Das Projekt REVIERWENDE hat vor Ort die Erfahrung gemacht, dass sich viele Menschen, auch die Beschäftigten, oft zu wenig über die Transformation und ihre Chancen informiert fühlen. Sie empfinden die Förderung als intransparent und können deren Ef-

ekte für die Region nicht erkennen. Daher ist eine Öffnung der Gremien wichtig. Sitzungsprotokolle der Strukturwendausschüsse und Gremien müssen veröffentlicht werden. Es muss für alle nachvollziehbar sein, wie Strukturfördermittel vergeben werden. Der Schwerpunkt sollte auf einer übersichtlichen, benutzerfreundlichen Darstellung liegen, die systematisch die bewilligten Maßnahmen erfasst.

Die in den Revieren verantwortlichen Strukturwandelagenturen veröffentlichen bereits die Strukturwandelprojekte auf ihren Internetseiten. Die Projektlandkarten und -übersichten können abgerufen werden und zeigen den aktuellen Stand der Projektentwicklung in den Revieren. Positive Beispiele für eine proaktive Kommunikation und Transparenz sind die von der Deutschen Bahn eingerichtete Homepage³⁵ zu aktuellen Entwicklungen beim Ausbau der Infrastrukturmaßnahmen im Mitteldeutschen Revier oder das Kommunikationscenter am Hauptbahnhof in Cottbus³⁶ der Deutschen Bahn, das über die aus Strukturwandelgeldern finanzierten Zukunftsprojekte informiert.

Information und Wissen sind jedoch kein Selbstzweck. Sie sind vielmehr Voraussetzung dafür, die Menschen zu befähigen, im Sinne eines Empowerments selbst aktiv zu werden und eigene Ideen für den Wandel einzubringen, um Demokratisierung und Demokratiekompetenz zu stärken.

In den Revieren gibt es bereits gute Angebote zur Beteiligung der Menschen am Strukturwandel. In Sachsen-Anhalt beispielsweise wurde in den vom Strukturwandel betroffenen Gebieten ein Bürgerbeirat ins Leben gerufen. Der Bürgerbeirat erhält Informationen zu aktuell wichtigen Themen und Fördervorhaben im Rahmen des Strukturwandels, diskutiert und erarbeitet gemeinsam Empfehlungen, die dann in den Revierausschuss und

insgesamt in den Prozess des Strukturwandels eingehen werden.³⁷

Die Landesregierung im Saarland richtete Bürgerforen ein, an denen rund 200 zufällig ausgewählte Saarländer*innen teilgenommen haben. In vier regionalen Bürgerforen mit jeweils circa 50 Personen wurde ausführlich über die Zukunft des Landes gesprochen.³⁸ Die Ergebnisse sind in die Arbeit des Zukunftsbündnisses Saar eingegangen. Das Thema Bürgerbeteiligung im Strukturwandel nimmt insbesondere beim Strukturwandelbeauftragten des Saarlandes Dr. Frank Nägele einen großen Stellenwert ein. Das zivilgesellschaftliche Netzwerk „Revier WIRD Region“ im Rheinischen Revier besteht aus Kirche(nverbänden), Gewerkschaften und Umweltverbänden. Auf den gemeinsamen Konferenzen, die einmal im Jahr stattfinden, diskutieren die Akteure aus ihren unterschiedlichen Perspektiven. Außerdem werden Revierdialoge zu verschiedenen Themen wie Verkehr im Revier der Zukunft, geschlechtergerechter Strukturwandel oder Wasser im Revier organisiert. Das Bedburger REVIERWENDE-Team unterstützt den im Netzwerk aktiven DGB-Bezirk NRW Süd-West und macht sich auch hier für die Interessen von Arbeitnehmer*innen stark. Für die gesamte Lausitz wurde zwischen 2018 und 2020 eine Entwicklungsstrategie Lausitz 2050 mit mehr als 2.500 Bürger*innen entwickelt. Dieser Beteiligungsprozess war sinnstiftend für viele nachfolgende Entwicklungen wie das Lausitzprogramm 2038 in Brandenburg. In Sachsen läuft die Revierkommunikation und somit der Einbezug der Bevölkerung über regelmäßige und thematisch fokussierte Stammtische der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung. In Brandenburg findet über die Kampagne „Krasse Lausitz. Krasse Gegend.“ eine dezentrale jährliche Reviertour statt, um die wichtigsten lokalen Fortschritte des Strukturwandels aufzuzeigen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Die genannten Beispiele stellen bereits gute Ansätze für Beteiligung dar, doch es ist notwendig, diese auszubauen und noch weiter zu entwickeln.

32 ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft 2022.

33 Ebd.

34 ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft 2024.

35 DB InfraGO AG 2025.

36 DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH 2025.

37 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur Sachsen-Anhalt 2025.

38 Staatskanzlei des Saarlandes 2024.

BILANZ UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN



Die Interessen junger Menschen als Bürger*innen und Fachkräfte ernst nehmen

Damit junge Menschen den Strukturwandel in den Revieren als Fachkräfte und Bürger*innen gestalten können, muss die Berufsausbildung innovativ, wohnortnah und zielgruppengerecht ausgerichtet sein. Zudem müssen junge Menschen in den Entscheidungsgremien mitbestimmen können.

Junge Menschen sind die Fachkräfte von morgen. Von ihrer Bindung an die Region hängt es ab, ob sich die Fachkräfteengpässe, vor allem in den ostdeutschen Kohleregionen, verringern oder weiter verstärken. Wichtig ist, die Bedeutung der dualen Ausbildung hervorzuheben und die Ausbildungsbedingungen gezielt zu verbessern, um jungen Menschen die Chancen ihrer Region aufzuzeigen und damit insbesondere die ländlichen Räume zu stärken. Junge Menschen sind die Transformationsheld*innen und leisten einen wichtigen Beitrag für die Energie- und Klimawende. Viele bleiben jedoch nicht in der Region, sondern wandern für eine Berufsausbildung in Metropolen außerhalb der Reviere ab und kehren nicht zurück. Betroffen vom demografischen Wandel ist insbesondere die Lausitz und der sachsen-anhaltische Teil des Mitteldeutschen Reviers. Dort ist der Anteil älterer Menschen im Vergleich zur erwerbsfähigen Bevölkerung besonders hoch.³⁹ Voraussetzung dafür, insbesondere junge Menschen für die Reviere als Wohn- und Arbeitsort zu gewinnen,⁴⁰ sind die berufliche Passung, attraktive Löhne und Arbeitsbedingungen und eine gut ausgebaute Infrastruktur sowie öffentliche Daseinsvorsorge.

Daher muss der Strukturwandel in den Schulen, Berufsschulen, Jugendeinrichtungen und -projekten in Form von Exkursionen oder Besichtigungen zu regionalen Unternehmen erlebbar gemacht werden.

Um die Kohleregionen für junge Menschen attraktiv zu machen, bedarf es zukunftsorientierter und innovativer Ausbildungsplätze. Die Berufsbildung muss auf neue Entwicklungen wie Wasserstoff ausgerichtet und die Berufsschulen entsprechend modernisiert und Fachpersonal qualifiziert werden. Laut dem Ausbildungsreport des DGB bewerten gera-

de einmal 55,4 Prozent der befragten Auszubildenden die fachliche Qualität des Berufsschulunterrichts als „sehr gut“ oder „gut“.⁴¹ Hier braucht es Investitionen sowie eine Stärkung der Verbundausbildung. Als positiv zu werten sind die drei mit Strukturwandelgeldern finanzierten Ausbildungscluster 4.0 in den Braunkohleregionen mit einer Laufzeit von dreieinhalb Jahren.⁴² Branchenspezifische Zusammenschlüsse von Unternehmen und weiteren Akteuren der beruflichen Bildung werden bei der Digitalisierung und des wirtschaftlichen Umbaus in Richtung Nachhaltigkeit sowie der gemeinsamen Bewerbung ihrer Ausbildungsangebote unterstützt.

Die Nähe der Ausbildung zum Wohnort ist ein weiteres wichtiges Kriterium. Allen Auszubildenden muss eine wohnortnahe Ausbildung möglich sein. Dafür muss die Teilschulnetzplanung für die berufsbildenden Schulen angepasst werden. So sollten etwa in Regionen, die an zwei Bundesländer grenzen, Behörden im Sinne der Auszubildenden zusammenarbeiten.

Jeder dritte Auszubildende bezeichnet seine aktuelle Ausbildung als Notlösung.⁴³ Das weist auf Informationsdefizite über die Ausbildungsbetriebe und -berufe hin. Für eine effizientere Berufsorientierung besteht Verbesserungsbedarf bei der zielgruppengerechten Ansprache. Kommunikationskanäle in den sozialen Medien wie LinkedIn oder TikTok müssen aufgebaut und stärker genutzt werden.⁴⁴ Zudem spielen für ungefähr jeden vierten Jugendlichen praxisnahe Formate wie Praktika oder Ausbildungsmessen eine Rolle.

Um die demokratische Wirkung zu stärken und die demografische Entwicklung der Region positiv zu beeinflussen, müssen junge Menschen enger in die Projekte und politi-

schen Entscheidungen ihrer Region eingebunden werden. Langfristige Strukturen der Jugendbeteiligung in Gemeinden, Städten und Landkreisen etwa in Form von Jugendbeiräten sollten etabliert werden. Strukturen der Förderentscheidungen sollten so umgebaut werden, dass sie Jugendbeteiligung ermöglichen und diese fest in den Gremien verankert wird.

In den Revieren gibt es bereits einige Beispiele für gelebte Jugendbeteiligung. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung Sachsen arbeitet in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier im Projekt „Mission 2038“ für eine breitere Jugendbeteiligung im Strukturwandel. Dazu geben sie mit „POV – Wir im Revier“ jungen Menschen eine Stimme für ihre Zukunft und den Wunsch zu gestalten. In Zusammenarbeit mit dem Projekt LUPU des Kinder- und Jugendring Sachsen e.V. und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Görlitz hat REVIERWENDE unterschiedliche Methoden für Workshops mit jungen Menschen zum Strukturwandel entwickelt und unter dem Namen „Methodenbox“ zusammengestellt. Die Methodenbox gibt Multiplikatoren, Lehrkräften und Aktiven in der Jugendarbeit Ideen, vorbereitete Konzepte und fertige Materialien zur Jugendbeteiligung an die Hand.

Seit 2023 gibt es das Projekt „Zukunftslabor Landkreis Leipzig“. Es fördert die Jugendbeteiligung im Strukturwandel südlich von Leipzig. Dabei steht die Vermittlung von Themen des Strukturwandels im Fokus, wie Nachhaltigkeit, Mobilität, Energiegewinnung etc. Die Projekte finden im schulischen und außerschulischen Kontext statt.⁴⁵

Im Saarland hat der Landtag im Oktober 2024 das „Gesetz zur Beteiligung von jungen Menschen im Saarland (SJMBG)“ beschlossen. Es soll das demokratische Bewusstsein sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen fördern. Zum Beispiel wird darin landesweit und kommunal die Beteiligung bei Belangen von jungen Menschen verpflichtend geregelt.⁴⁶

39 Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 2023, S. 40.

40 Allein in der Lausitz liegt die Anzahl der Auspendler bei rund 36.000 Menschen. (Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg und Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle 2024), S. 26.

41 DGB 2023.

42 BMWK 2023.

43 IW Consult 2024.

44 Ebd.

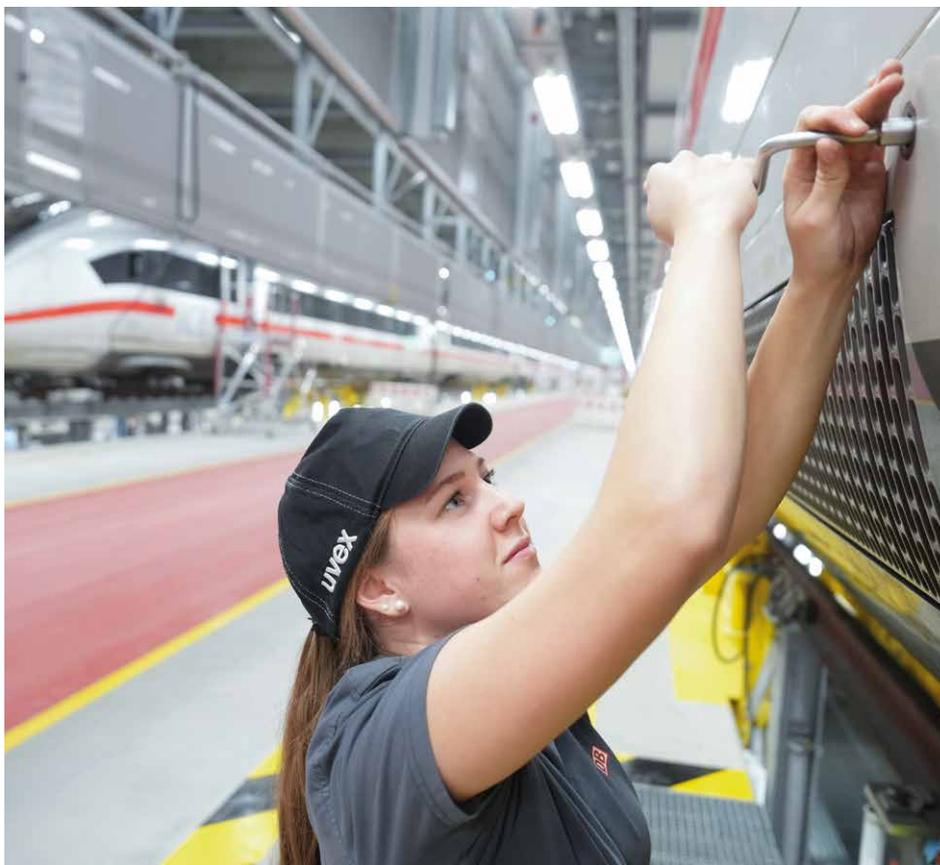
45 Kinder- und Jugendring Landkreis Leipzig e.V. 2025.

46 Land Saarland - Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit 2024.

BILANZ UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Frauen im Strukturwandel stärken und Geschlechtergerechtigkeit fördern

Frauen müssen sowohl als Bürgerinnen in allen Gremien paritätisch beteiligt als auch bei der Fachkräfteentwicklung stärker gefördert werden. Zudem muss Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen erreicht werden.



DeutscheBahnAG, Oliver Lang

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen als Arbeitnehmerinnen, Fachkräfte und Demokratinnen auf Augenhöhe ist mit etwa 50 Prozent Bevölkerungsanteil grundlegend für das Gelingen der Transformation in den Kohleregionen und die Sicherung der demokratischen Grundordnung in den betroffenen Regionen. Ziel ist es, die Fähigkeiten, Perspektiven und Bedarfe von Frauen noch stärker als bislang in die Ausgestaltung des Strukturwandels einzubringen. Weibliche Positionen sind in den Debatten zum Strukturwandel bisher kaum repräsentiert.

Da die heutigen Industriearbeitsplätze immer noch vielfach männerdominiert

sind, müssen die Verbesserung von Frauenerwerbsarbeit und ihrer Rahmenbedingungen stets mitgedacht werden. Der Anteil von Frauen in Berufen im technischen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Bereich ist deutlich geringer als der von Männern. In allen Branchen der Erneuerbaren Energien wird es viele, auch neu zu schaffende Ausbildungs- und Beschäftigungsfelder geben. Auch um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen Frauen für die Arbeit in diesem zukunftsweisenden Sektor gewonnen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es unter anderem Netzwerke von Unternehmen und Verbänden, die Geschlech-

tergerechtigkeit als Leitbild haben und als Handlungsziel verfolgen.⁴⁷ Frauen müssen in relevanten Ausbildungs- und Studiengängen gefördert werden. Unternehmen sollten Anreize erhalten, Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Ebenso müssen Frauen als positive Vorbilder in Führungspositionen wahrzunehmen sein.⁴⁸

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels gilt es, die Rolle von Frauen als Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt und in den Fachkräftestrategien der Bundesländer sichtbar zu machen. Gleichzeitig muss Sorgeverantwortung einen angemessenen Stellenwert erhalten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf realitätsnah ohne Benachteiligung für beide Geschlechter möglich sein.

In puncto Lebens- und Arbeitsbedingungen sind harte und weiche Faktoren untrennbar miteinander verbunden. Denn faire Bezahlung, Vereinbarkeiten und das soziale Umfeld sind entscheidend für Frauen. Sie ziehen dorthin, wo sie gute Möglichkeiten sehen, ihre Berufs- und Lebensvorstellungen zu verwirklichen. Dabei spielen die Akzeptanz und Toleranz unterschiedlicher Lebensentwürfe in Gesellschaft und Betrieben ebenso wie Fragen von Gleichstellung, Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit des Arbeitens und Wirtschaftens eine wichtige Rolle.

Neben strukturpolitischen Maßnahmen, die Ersatzarbeitsplätze in männerdominierten Branchen schaffen sollen, braucht es gleichstellungspolitische Anstrengungen, die die Lebenswirklichkeit von Frauen verbessern. Es reicht an diesem Punkt nicht mehr aus, die Berücksichtigung von Geschlechterperspektiven zu fordern, sondern es braucht den politischen Willen, die bestehenden Strukturen tatsächlich zu wandeln.

⁴⁷ Sachverständigenkommission für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2025.

⁴⁸ DGB NRW Region Süd-West und DGB-Projekt REVIERWENDE Büro Bedburg: Anforderungen an einen geschlechtergerechten Strukturwandel im Rheinischen Revier. Frauen als Gestalterinnen im Transformationsprozess 2024.

Quellenverzeichnis

Agora Energiewende (2025): Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2024. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2025. Online: www.agora-energiewende.de/#downloads, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (2022): Braunkohlenplanung, Strukturwandel und Kohleausstieg in Deutschland. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 135. Online: www.arl-net.de/system/files/media-shop/pdf/pospapier/pospapier_135.pdf, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

BMUB (2016a): Die Klimakonferenz in Paris. Online: www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/337098/efad80aa15d36c115e91e172c16702fa/2016-09-22-hintergrund-zum-pariser-klimaschutzabkommen-data.pdf?download=1, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

BMUB (2016b): Klimaschutzbericht 2016 - Zum Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 der Bundesregierung. Online: www.bmvf.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzbericht_2016_bf.pdf, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

BMWi (2019): Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ – Abschlussbericht. Online: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

BMWK (2020): Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz). Online: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Service/kohleausstiegsgesetz.html, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

BMWK (2023): Pressemitteilung. Habeck: „Wir stärken die duale Ausbildung in Kohleausstiegsregionen und investieren in Zukunftsberufe“. Online: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/09/20230919-bmwk-stellt-16-millionen-eur-fuer-ausbildungscluster-bereit.html, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

BMWK (2024a): Pressemitteilung. Wasserstoff-Kernnetz genehmigt – der Aufbau der Zukunftsinfrastruktur kann beginnen. Online: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/10/20241022-wasserstoff-kernnetz.html, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

BMWK (2024b): Pressemitteilung. Bund und Braunkohleregionen beschließen Paket zur verbesserten Unterstützung der Kohlerevieren. Online: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/06/20240617-paket-unterstuetzung-kohleregionen.html, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Bundesregierung (2022a): Deutschland steht zusammen. Online: www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutschland-steht-zusammen-2123916, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Bundesregierung (2022b): Schnellerer Ausstieg aus der Braunkohle in NRW. Online: www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kohleausstieg-2030-2139228, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Bundesregierung (2024a): Bericht der Bundesregierung zum Umsetzungsstand des Investitionsgesetzes Kohlerevieren 2024. Online: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/B/20241118-breg-bericht-invkg-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Bundesregierung (2024b): Pressemitteilung. Wasserstoff schneller verfügbar machen. Online: www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv/wasserstoffausbau-beschleunigen-2289130, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Bundesregierung (2024c): Pressemitteilung. Schnellere Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich. Online: www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv/wasserstoffausbau-beschleunigen-2289130, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Bundesregierung (2024d): Pressemitteilung. Für eine klimafreundliche und sichere Energieversorgung. Online: www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv/kraftwerksstrategie-2257868, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Bundestag (2023): Karlsruhe: Umwidmung von Corona-Mitteln in Klimafonds nichtig. Online: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw46-verfassungsgericht-haushalt-2021-977776, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Bundestag (2025): Haushaltsausschuss beschließt Änderungen des Grundgesetzes. Online: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw11-pa-haushalt-sonntag-1056790, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg und Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2024): Statusbericht Engpass Arbeitsmarkt? Chance und Risiko für den Strukturwandel in der brandenburgischen Lausitz. Online: www-docs.b-tu.de/fg-energie-umweltökonomik/public/BeforSt/Policy%20Brief%20III%20lang.pdf, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

CDU, CSU, SPD (2025): Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Online: www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

DB InfraGO AG (2025): Strukturwandel Kohlerevieren – Mitteldeutsches Revier. Online: <https://mitteldeutschesrevier.deutschebahn.com/mitteldeutsches-revier.html>, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH (2025): Neues Werk Cottbus – Strukturwandel erleben. Online: www.db-neues-werk-cottbus.com/infocentrum/strukturwandel-erleben.html, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Deutscher Bundestag (2024): Drucksache 20/13316. Maßnahmen des Investitionsgesetzes und zur Beteiligung der Sozialpartner im Bund-Länder-Koordinierungsgremium. Online: dserver.bundestag.de/btd/20/133/2013316.pdf, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

DGB (2023): Ausbildungsreport 2023. Online: <https://jugend.dgb.de/ausbildung/ausbildungsreport/+co++be4b74b2-312b-11ee-b0fd-001a4a16011a>, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

DGB (2024): Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbunds zur öffentlichen Konsultation des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Online: www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/2024-09-09_STN_Gleichwertigkeitsbericht_final.pdf, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

DGB (2025): DGB-Index Gute Arbeit. Online: <https://index-gute-arbeit.dgb.de/dgb-index-gute-arbeit/wie-funktioniert-der-index>, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

DGB NRW Region Süd-West und DGB-Projekt Revierwende Büro Bedburg (2024): Anforderungen an einen geschlechtergerechten Strukturwandel im Rheinischen Revier. Frauen als Gestalterinnen im Transformationsprozess.

DGB NRW (2023): DGB NRW zum vorgezogenen Braunkohleausstieg: Wandel jetzt gestalten, um Brüche zu vermeiden! Online: www.dgb.de/presse-und-social-media/+co++be7adae0-9d51-11ed-a554-001a4a160123, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

DGB Sachsen (2024): Kraftwerks sicherheitsgesetz: Bestehende Standorte stärken – Beschäftigungsperspektiven schaffen! Online: <https://sachsen.dgb.de/presse/+co++5b04e5b2-b3e5-11ef-bf44-4be28dae7517>, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Europäische Kommission (2025a): Klimaschutz und Grüner Deal. Online: commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/climate-action-and-green-deal_de, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Europäische Kommission (2025b): Ein Deal für eine saubere Industrie für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung in der EU. Online: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_550, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Fraunhofer IIS (2024): Pressemitteilung. Erste KI-gestützte Kartierung von Bruchflächen in Deutschland: Brownfield Identifikationskataster. Online: <https://scs.fraunhofer.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung-expoera2024-brownfield-kataster.html>, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Germanwatch (2017): Rund 25.000 Menschen demonstrieren für Kohleausstieg. Online: www.germanwatch.org/de/14949, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH (2024): So sieht die Zukunft der Wirkstoffforschung im Saarland aus. Online: <https://www.helmholtz-hzi.de/media-center/newsroom/news-detailseite/so-sieht-die-zukunft-der-wirkstoffforschung-im-saarland-aus/>, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

HYPOS (2024): Bestandsaufnahme zum Qualifizierungsbedarf in der mitteldeutschen Wasserstoffwirtschaft. Online: www.hypos-germany.de/wp-content/uploads/2024/03/Bestandsaufnahme-zum-Qualifizierungsbedarf-in-der-Mitteldeutschen-Wasserstoffwirtschaft-Maerz-2024-1.pdf, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

IW Consult (2024): Die Ausbildungsmärkte in den Braunkohleregionen: Ausgangslage. Online: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ausbildung-und-Beruf/studie-ausbildungsmarkte-braunkohleregion.pdf?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Kinder- und Jugendring Landkreis Leipzig e.V. (2025): Zukunftslabor Landkreis Leipzig – Jugend gestaltet den Wandel. Online: <https://kjr-ll.de/zukunftslabor-landkreis-leipzig/>, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Klimareporter (2018): Beschäftigte gegen schnellen Kohleausstieg. Online: www.klimareporter.de/protest/beschaeftigte-gegen-schnellen-kohleausstieg, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Land Saarland - Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit (2024): Meilenstein für die Beteiligung von jungen Menschen im Saarland. Online: www.saarland.de/masfg/DE/aktuelles/aktuelle-meldungen/aktuelle-meldungen_2024/aktuelle-meldungen_2024_10/aktuelle-meldungen_20240109_sjmbg, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Lausitzer Rundschau (2024): Leag in Cottbus: Millionen-Entscheidung steht – die Regeln und Abfindungen. Online: www.lr-online.de/lausitz/cottbus/leag-in-cottbus-millionen-entscheidung-steht-die-regeln-und-abfindungen-77703607.html, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (2023): Begleitende Evaluierung des Investitionsgesetzes Kohlerevieren (InvKG) und des STARK-Bundesprogramms. Zwischenbericht vom 30.06.2023. Online: www.iwh-halle.de/publikationen/detail/begleitende-evaluierung-des-investitionsgesetzes-kohleregionen-invkg-und-des-stark-bundesprogramms-zwischenbericht-vom-30062023, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (2025): Begleitende Evaluierung des Investitionsgesetzes Kohlerevieren (InvKG) und des STARK-Bundesprogramms. Zwischenbericht vom 30.10.2024. Online: www.iwh-halle.de/publikationen/detail/begleitende-evaluierung-des-investitionsgesetzes-kohleregionen-invkg-und-des-stark-bundesprogramms-zweiter-zwischenbericht-vom-31102024, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2025): Entwicklung der Einstellungen gegenüber umweltpolitischen Maßnahmen zwischen 2021 und 2024. Online: www.rwi-essen.de/fileadmin/user_upload/RWI/Presse/Sozialökologisches_Panel_Auswertung_der_Befragungsergebnisse.pdf, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie im Saarland (2024): Aus dem Plenum: Grünes Licht für grünen Stahl. Online: www.saarland.de/mwied/DE/aktuelles/sozialnetzwerke/2024/02/02_06_gruenes_licht_stahl, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Revierwende (2024): REVIERWENDE konkret. Aktueller Stand der Strukturentwicklung in den Kohlerevieren. Online: <https://2024-Broschue-Revierwende-konkret-Aktueller-Stand-der-Strukturentwicklung-in-den-Kohlerevieren.pdf>, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Sachverständigenkommission für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2025): Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation. Gutachten für den Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Online: www.bmfsfj.de/resource/blob/259446/a1b1575e3a549fb839fc25f9a7f59a0d/vierter-gleichstellungsbericht-bt-drucks--data.pdf, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

SPD (2023): Gemeinsames Positionspapier der Landesgruppen Ost und Nordrhein-Westfalen zum gelingenden Strukturwandel in den Braun- und Steinkohlerevieren 21. März 2023. Online: www.nrwsdp-landesgruppe.de/wp-content/uploads/sites/1696/2024/03/Beschluss_Positionspapier_Landesgruppe_NRW_Landesgruppe_Ost_final_21032024.pdf, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP (2021): Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grüne, FDP. Online: www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1989762/9069d8019dabe546c2449dda2d838453/2021-12-08-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Staatskanzlei des Saarlandes (2024): Strukturwandelreport Saarland 2024. Online: www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/stk/dld_strukturwandelreport-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=6, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur Sachsen-Anhalt (2025): Informationen zum Bürgerbeirat „Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier“. Online: <https://strukturwandel.sachsen-anhalt.de/zukunft-mitgestalten/buergerbeirat>, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft (2024): Regionale Disparitäten in der Transformation: Braucht es ein Update der deutschen Regionalpolitik? Online: <https://wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2024/heft/7/beitrag/regionale-disparitaeten-in-der-transformation-braucht-es-ein-update-der-deutschen-regionalpolitik.html>, zuletzt überprüft am 02.05.2025.

